Nr. 22 März
01 | 13
www.cduinform.de

SO DESINFORMIERT ROT-GRÜN

Holger Müller über Dichtheitsprüfungen

300 BRÜCKEN MÜSSEN SANIERT WERDEN

Rainer Deppe über NRW im Stau

CDU inform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

Landrat Dr. Tebroke und Polizeidirektor Frorath

PERSONALKÜRZUNGEN RISIKO FÜR DIE POLIZEI?

CDU KÜMMERER VOR ORT

Interview mit Dr. Michael Borchard

EHRENAMT GESTÄRKT

Wolfgang Bosbach

HANDLUNGSFÄHIG AUCH IN KRISENZEITEN

Herbert Reul

TITEL-THEMA

8 Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke und Polizeidirektor Manfred Frorath im Interview
Personalkürzungen...
Risiko für die Polizeiarbeit?
10 Lennart Höring
Polizeiarbeit im Rheinisch-Bergischen Kreis ist gut - Resolution des Kreisvorstandes

KOLUMNE

3 Rainer Deppe
Achtung Ablenkungsversuch

AKTUELLES

4 Dr. Michael Borchard im Interview
CDU als Kümmerer vor Ort

NEWS & NAMEN

6 CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
300 Gäste beim Politischen Aschermittwoch
Werner Allendorf
neuer CDA-Ehrenvorsitzender
Willi Reitz
neuer Kreishandwerksmeister
CDU-Center
Betriebsausflug
7 Kamp und Geist
Zwei aktive Senioren verstorben
CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Kreisparteitag 2013

PARLAMENTE

14 Wolfgang Bosbach
Stärkung des Ehrenamts
Herbert Reul
Handlungsfähig dank mehrjährigem EU-Finanzrahmen
15 Rainer Deppe
NRW steht im Stau
Holger Müller
Dichtheitsprüfung

KREISTAG

16 Gisela Knapp
Kreishauserweiterung
Uwe Pakendorf
RBK 2020 geht in nächste Runde

UNION NEWS

17 CDU Bergisch Gladbach
Peter Altmaier zu Gast
CDU Bensberg und Rösrath
Bürgergespräch zum Fluglärm
18 CDU und Vereinigungen
Neue Vorstände gewählt
Junge Union
Vanessa Schupmann neue Vorsitzende in Leichlingen, Timo Friedrich in Kürten wiedergewählt
19 CDU Overath
Hardy Kohkemper Vorsitzender
Junge Union
Martin Lucke wiedergewählt
CDU Dabringhausen
Martin Bosbach wiedergewählt
Senioren-Union Burscheid
Heinz Wilgenbusch wiedergewählt
20 CDU Leichlingen
Hüttebräucker neuer Vorsitzender
Senioren-Union Bergisch Gladbach
Dialog mit Bürgern lohnt sich
Senioren-Union Overath
100. Exkursion
21 CDU Rösrath
14. Neujahrsempfang
22 MIT
Hinter den WDR-Kulissen
Senioren-Union Leichlingen
Krautwurst berichtet
Vanessa Schupmann und Meike Bogdan
Die Welt ist ein Dorf

RUBRIKEN

2 Inhalt / Editorial/ Impressum
12 Termine
23 regierungsprogramm.cdu.de

Impressum

Herausgeber: Christlich Demokratische Union Rheinisch-Bergischer Kreis **ISSN:** 2193-3960 (Print)
Redaktion: Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.), Lennart Höring (lh), Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)
Weitere Autoren: Birgit Bischoff (bb), Meike Bogdan, Wolfgang Bosbach, Susanne Burghoff (sb), Rainer Deppe, Doro Dietsch (dd), Timo Friedrich (tif), Andreas Heusner (ah), Helmut Langer (hl), Martin Lucke (ml), Holger Müller, Rudolf Preuß (rp), Herbert Reul, Manfred Scheibel (ms), Robert Scheuermeyer (rs), Vanessa Schupmann, Alexander Weiss (aw), Maurice Winter (mw) **Satz/Layout:** Lennart Höring, Uwe Pakendorf **Titelfoto:** Arno Bachert, pixelio.de **Fotos:** soweit nicht anders angegeben von privat und CDU-Archiv **Druck/Versand:** Heider Druck GmbH, Paffrather Str. 102-116, 51465 Bergisch Gladbach **Anzeigen:** Thomas Frank (Ltg.), Telefon: 0 22 02-9 36 95 56, email: t.frank@cdurbk.de **Auflage:** 5.000 Exemplare **Nächster Redaktions- und Anzeigenschluss:** 31. Mai 2013 **Bezugspreis:** ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt
Kontakt: Redaktion CDUinform, CDU-Center, Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,
Telefon: 0 22 02-93 69 50, Telefax: 0 22 02-93 69 522, email: redaktion@cduinform.de, **www.CDUinform.de**

Liebe Leserin, lieber Leser!

„Der Wähler, das unbekannte Wesen“ - seien wir mal ganz ehrlich: wem ging es nicht auch schon einmal so an einem Canvassing-Stand? Was wir als CDU-Politiker aus Sicht der Wähler sind und wie die Wähler gestrickt sind, können wir in dieser Ausgabe der CDUinform genau unter dieser Überschrift detailliert erfahren. Nicht nur, dass im Januar ein Seminar zu diesem Thema stattgefunden hat, das äußerst gut besucht war - der Referent Dr. Michael Borchard, Hauptabteilungsleiter „Politik und Beratung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung steht uns in dieser Ausgabe Frage und Antwort zu den zentralen Punkten der Außen- und Selbstwahrnehmung der CDU. Nebenbei: Dort sind auch interessante Tipps für die nächsten Wahlkämpfe zu finden.

Die „Innere Sicherheit“ ist laut der Aussage von Dr. Michael Borchard eines der Kernthemen der CDU - und wurde in den letzten Jahren kommunikativ leider genauso intensiv vernachlässigt wie sie wichtig für die Außenwahrnehmung unserer Partei ist. Dass wir uns in der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis vor diesem Thema nicht verstecken brauchen, wird nicht nur durch unseren Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach deutlich, der wie kaum jemand bei diesen Fragen klare Kante zeigt. Aber auch unser Landrat als Chef der Kreispolizeibehörde kann zu diesem Thema einiges von der Arbeit vor Ort berichten. Daher analysieren wir die Sicherheitslage in unserem Kreis gemeinsam mit dem Abteilungsleiter der Kreispolizeibehörde Manfred Frorath und Dr. Hermann-Josef Tebroke und fördern dabei so manch interessante Information zu Tage.

„Mitmachen“ wird übrigens nicht nur bei der Polizei derzeit groß geschrieben, die intensiv auf den Bürgerkontakt setzt. Auch die Bundes-CDU und die CDU-Kreistagsfraktion bieten Gelegenheit zum aktiven Mitgestalten von Politik - über das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl bis zur Neuauflage des Strategieprozesses RBK 2020 auf Kreisebene. Also: Machen Sie mit und drücken Sie der CDU Ihren Stempel auf! Ihre Erfahrung wird uns helfen, unsere Partei breit aufzustellen. Aber eines ist uns als Redaktion der CDUinform auch wichtig: Bleiben Sie uns als Leser gewogen! ;-)

Ihr

Uwe Pakendorf *ist Pressesprecher der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis, Redaktionsleiter von CDUinform, Kreistagsabgeordneter und CDU-Vorsitzender in Rösrath.*

ACHTUNG ABLENKUNGSVERSUCH

Kaum eine Woche vergeht, in der der bestbezahlte Vortragsreisende der Republik, auch Kanzlerkandidat von SPD und Grünen genannt, der erstaunten Öffentlichkeit vorführt, wie tritt- und zielsicher er jedes Fettnäpfchen trifft. Man stelle sich vor, dieser Mann, der für eine Pointe auch schon mal die Freundschaft zu unseren Nachbarstaaten opfert (Kavallerie in die Schweiz, Clowns in Italien…), würde es wirklich ins Kanzleramt schaffen; so viele Diplomaten könnte unser Land gar nicht einstellen, um die Scherbenhaufen auf seinem Weg wieder einzusammeln.

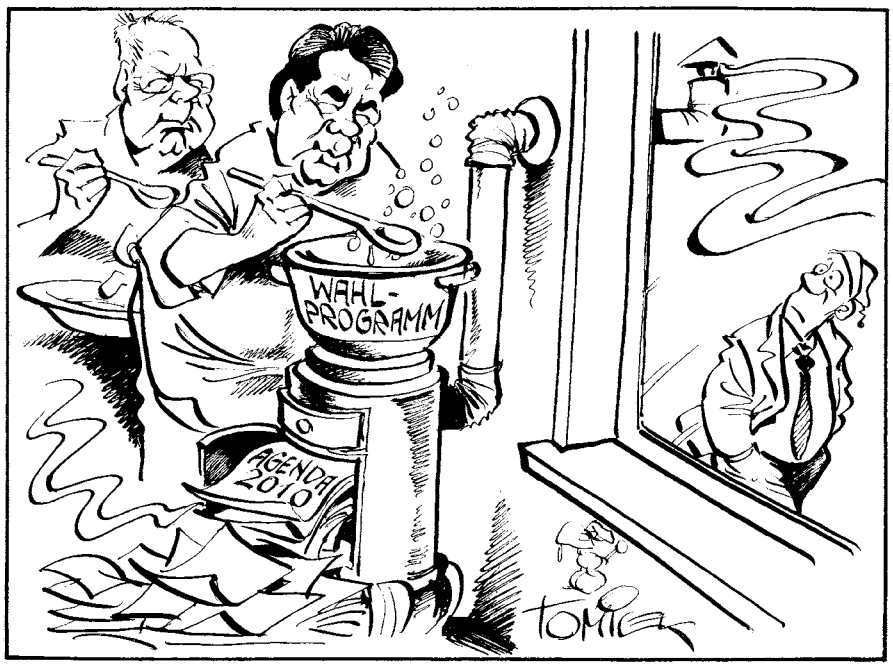
Immer wieder frage ich mich, warum lassen SPD und Grüne so etwas zu?

Was halten Sie von meiner These? Er hat die von ihm reklamierte Beinfreiheit von der Partei bekommen, weil er mit seinen unüberlegten Sprüchen perfekt davon ablenkt, was SPD und Grüne wirklich planen.

Rot-Grün redet viel über finanzielle Wohltaten. Finanzieren können sie diese nur über neue Schulden und höhere Steuern. Ein Blick in die rot-grünen Bundesländer liefert es frei zum Nachlesen: für die Zeit nach der Bundestagswahl planen SPD und Grüne kräftige Steuer- und Abgabenerhöhungen. Was in Nordrhein-Westfalen noch etwas kaschiert formuliert wurde, wird jetzt im niedersächsischen Koalitionsvertrag in aller Offenheit geschrieben: Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, Abschaffung des Ehegatten-Splittings, Abschaffung der Minijobs, Einführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftsteuer, Ausweitung der Gewerbesteuer auf Selbständige und Freiberufler, Einbeziehung gewinnunabhängiger Elemente, Erhöhung der Dienstwagenpauschalen, Reform der Grundsteuer, Erhöhung der Grunderwerbsteuer…". 62-mal taucht das Wort „Steuer" im Niedersachsen-Koalitionsvertrag auf.

Auch dort, wo die Länder zuständig sind, greifen SPD und Grüne immer tiefer in fremde Taschen. Jüngstes Beispiel aus dem NRW-Landtag ist die zweimalige Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts innerhalb von 2 Jahren, so dass jetzt 109 Mio. EUR im echten Wortsinne in die Landeskasse fließen. Eine erstmals erhobene Kiesabgabe wird bald folgen. Beispiele wie Betten-, Katzen-, Sonnenstudio- oder Pferdesteuer zeigen, dass SPD und Grüne immer dann reichlich Fantasie entwickeln, wenn es um anderer Leute Geld geht.

Ganz anders bei der Haushaltskonsolidierung. Mit jedem Jahr rückt die Einhaltung der durch das Grundgesetz für 2020 vorgegebenen Schuldenbremse in weitere Ferne. Im



WASSER BAUCH

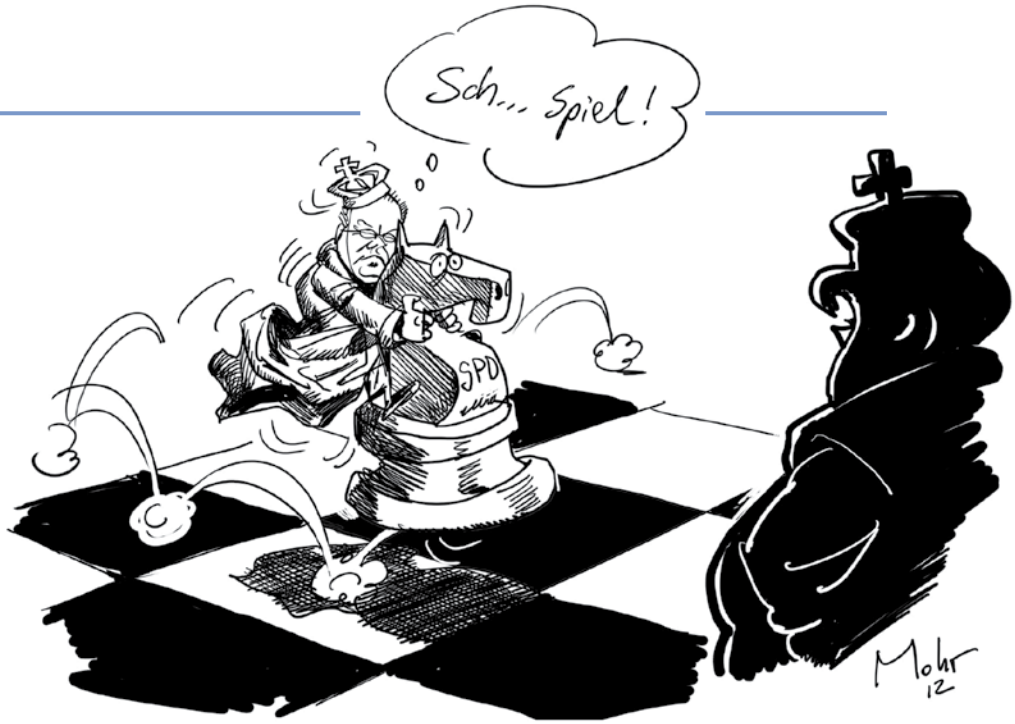
Überschreiten festgelegter Schuldengrenzen haben SPD und Grüne bereits Übung. 2002 setzte der damalige Bundeskanzler Schröder gemeinsam mit den Franzosen als erste EU-Länder die europäische Schuldengrenze von 3% kurzerhand außer Kraft. Dass sie damit die Büchse der Pandora für die ungehemmte Verschuldung anderer EU-Staaten öffnen würden, war SPD und Grünen damals so egal, wie ihnen die deutsche Schuldenbremse gleichgültig sein wird.

Auch wenn Steinbrück mit seinen Fehltritten auf offener Bühne das Publikum beschäftigt, sollten wir den Menschen sagen, was die Folgen rot-grüner Politik sein würden: mehr Steuern und trotzdem mehr Schulden. Das französische Beispiel, wo Präsident Hollande, von der deutschen SPD im Wahlkampf kräftig unterstützt, zeigt, wie schnell der Absturz durch eine falsche Regierungspolitik ist und vor allem welche dramatischen Folgen diese mit einer stagnierenden Wirtschaft, steigenden Arbeitslosenzahlen und leeren Sozialkassen für alle Bürger hat.

Ihr

Rainer Deppe

Rainer Deppe *ist Kreisvorsitzender der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis, Landtagsabgeordneter und Kreistagsabgeordneter*



Auf Einladung der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis kam Dr. Michael Borchard von der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Tag lang aus Berlin ins Bergische, um mit uns über den Wähler, das unbekannte Wesen zu sprechen. Kennen wir unsere Wähler überhaupt noch? Und was müssen wir tun, um bei den kommenden Wahlen erfolgreich zu sein. Im Nachgang des interessanten Seminartages konnte CDUinform das Fazit in Form eines Interviews aufgreifen.

DIE CDU MUSS SICH WIEDER ALS DER KÜMMERER VOR ORT BEGREIFEN

Das Interview führte Uwe Pakendorf

Herr Dr. Borchard, bis in die 80er Jahre war die CDU als Volkspartei so etwas wie ein Weltanschauungslieferant. Für viele Parteimitglieder ist das heute noch so. Was hat sich verändert und wie sieht die Wahrnehmung der Parteien aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler heute aus?

Die Parteien sind in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler heute vor allem Problemlösungsagenturen, deren erstes Ziel es sein muss, sich um ihre Sorgen und Nöte zu kümmern. Dahinter steht ein Wertewandelsprozess. Die 68er haben individuelle Werte wie Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in den Vordergrund gebracht. Seit den 90er Jahren sind aber auch traditionelle Werte wieder wichtiger geworden. Beide Werte haben sich vermischt. Ganz konkret bedeutet das heute: Zwar setzen sich die Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl ein, aber sie fragen immer auch nach dem persönlichen Nutzen. Das „Gesamtkunstwerk" interessiert mich dann erst in zweiter Linie.

Wie muss die CDU darauf reagieren?

Die Menschen trauen gerade den Volksparteien – wie unsere Forschungen zeigen – nach wie vor - zu, Einzelinteressen und einen breiten Blick miteinander unter einen Hut zu bringen und für ihre Interessen zu handeln. Zugleich wird aber der ganze politische Betrieb zunehmend als „selbstbezogen" wahrgenommen. Den Dialog, den Kontakt und das Gespräch zu suchen, ein Bewusstsein für die Themen zu bekommen, bei denen die Menschen wirklich der Schuh drückt, das sind Tugenden, die wir beherrschen, aber neu polieren müssen.

Die Parteien sind in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler heute vor allem Problemlösungsagenturen, deren erstes Ziel es sein muss, sich um ihre Sorgen und Nöte zu kümmern.

Gibt es noch den typischen Stammwähler der CDU und wie sieht er aus?

Zunächst zeigen viel empirische Arbeiten, dass der Stammwähleranteil an der gesamten Wählerschaft insgesamt gering geworden ist, wobei die CDU mit schätzungsweise 10-12 Prozent Stammwählern noch an der Spitze aller Parteien steht. Gravierender aber ist die Tatsache, dass alle unsere festgefügten Vorstellungen vom Stammwähler nicht den Tatsachen entsprechen. Es existiert das stereotype Bild, dass unsere Stammwähler die homogene eiserne Reserve der Partei darstellen, der wohlinformierte, hochpolitisierte, werteorientierte und programmatisch sattelfeste Anhänger. Tatsächlich sind die Stammwähler unseren Forschungen zufolge genauso heterogen wie die ganze Wählerschaft. Sie sind erschreckend wenig informiert. Werte, auch christliche Orientierungen, spielen für sie keine herausgehobene Rolle. Ihr Wahlverhalten ist nicht selten habituell. Auch das familiäre Wahlverhalten, also die Tatsache, dass schon die Eltern die CDU gewählt haben, spielt bei vielen Stammwählern eine entscheidende Rolle.

Was muss die CDU Ihrer Meinung nach unternehmen, um im Nichtwählerlager erfolgreich Stimmen zu sammeln?

Die gute Nachricht ist ja: Es ist nicht der angeblich so schlechte Zustand der CDU, der die Menschen ins Nichtwählerlager treibt und aus Stammwählern Nichtwähler macht. Die schlechte Nachricht ist: Einfacher wird es deswegen dennoch nicht: Denn wenn politisches Desinteresse ein wichtiges Motiv ist, um den Urnen fern zu bleiben, dann reicht es nicht nur, mehr Vertrauen in Politik und Politiker zu erzeugen, nein. Menschen müssen erst wieder in Politik involviert werden. Das Gefühl des „die da oben" und „wir da unten" muss überwunden werden, in dem die Politik den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ernsthafter und engagierter denn je sucht. Dass sich sowohl die Stamm- als auch die Nichtwähler selbst weitgehend unabhängig von ihrem sozialen Status als „kleine Leute" bezeichnen, war eine unserer interessantesten Erkenntnisse.

Sie haben gesagt, dass Stammwählerschaft und Nichtwählerlager nicht homogen, sondern heterogen sind und ein Abbild der segmentierten Gesellschaft insgesamt darstellen. Wirkt sich das denn auch auf die Mitgliedschaft der Partei aus, wird die auch immer bunter?

Die Ausnahmen bestätigen zwar immer die Regel, aber insgesamt gesehen trifft das nicht zu und das ist eine ebenso interessante, wie herausfordernde Erkenntnis. Während die Wählerschaft, ganz gleich, ob Stamm-, Wechsel-, Nicht oder Sonstwie-Wähler immer vielfältiger

wird, gibt es nur eine Gruppe, die nach unseren Erkenntnissen immer homogener wird: Unsere Mitglieder. Das heißt, der Spagat, den wir als Partei zwischen Bewahrung und Erneuerung stehen müssen, der spielt sich weniger zwischen den Wechsel- und den Stammwählern ab, sondern zwischen den Mitgliedern und den Wählerinnen und Wählern.

Was sollen wir tun, um mit diesem Problem, dieser Entfremdung von Mitgliedschaft und Wählerschaft fertig zu werden?

Entscheidend ist zunächst die Erkenntnis, dass wir auf die Mitglieder nicht verzichten können. Wer auch immer behauptet, die Partei werde in Kürze ohnehin zu einer Funktionärspartei und sei dann nicht mehr auf die Mitglieder angewiesen, der hat wenig von der CDU begriffen. Wir sind eine Mitgliederpartei und wir werden noch für lange Zeit eine Mitgliederpartei bleiben. Wenn die CDU den Menschen wieder nahe kommen und Distanz überwinden soll, dann geschieht das nicht allein auf Regionalkonferenzen, sondern vor Ort. Das Vertrauen in die regionale Ebene ist noch immer außergewöhnlich groß. Wir haben aber, wie ich finde, als Partei die Kommunalpolitik etwas vernachlässigt. Wir müssen uns deshalb wieder entschiedener und emotionaler dazu bekennen, nicht nur die entscheidende Regierungspartei zu sein, sondern vor allem auch DIE Kommunalpartei zu sein. Zweitens sollten wir den „Spagat“ als Chance sehen. Man kann beispielsweise in der Integrationspolitik strikt und konservativ auftreten, wenn Menschen, die zu uns kommen, das Grundgesetz nicht achten. Man kann es aber als Christdemokrat im gleichen Atemzug als Skandal begreifen, wenn Menschen, die seit Jahrzehnten bei uns leben oder gar hier geboren sind, bei gleicher Ausbildung schlechtere Berufsaussichten haben als die “autochthonen“ Deutschen. Es sind – darauf sollten wir stolz sein – nur die Volksparteien, die dieses artistische Kunststück auch stehen können, ohne auf die Nase zu fallen.

Wir sind eine Mitgliederpartei und wir werden noch für lange Zeit eine Mitgliederpartei bleiben.

Werden dann aber die Volksparteien nicht verwechselbar? Wissen die Wählerinnen und Wähler was sie wählen, wenn sie die CDU wählen? Welches Bild haben sie von den Parteien?

Je mehr die Wählerinnen und Wähler Distanz zum politischen Betrieb gewinnen, desto wichtiger werden die Images, die den Parteien zugeschrieben werden. Das klingt paradox ist aber logisch. Wenn ich einen Menschen aus weiter Ferne sehe, dann erkenne ich die besonders markanten Merkmale seines Körpers besser als die Feinheiten, selbst dann, wenn dieses Bild, was ich von diesem Menschen habe, eher aus meiner Erfahrung stammt und seiner tatsächlichen Erscheinung möglicherweise gar nicht mehr bis ins Detail entspricht. Für die Parteien bedeutet das, dass beispielsweise die SPD in überdeutlichem Maße das Image hat, für Soziale Gerechtigkeit zu stehen und die CDU das Image der Wirtschafts- und Finanzkompetenz. Wird der Union bei einer Landtagswahl diese Kompetenz abgesprochen, dann können wir sicher sein, dass wir diese Wahl verlieren. Allerdings ist das Bild diffus. Eine klare festgefügte Vorstellung, was dieses Image beinhaltet, haben die Wählerinnen und Wähler nicht. Ein Beispiel: Leistungsgerechtigkeit. Die steht nicht gerade im Zentrum der SPD-Programmatik, wird nach unseren Erkenntnissen aber der SPD und nicht uns zugeschrieben. Das passiert aber nicht, weil wir hier Fehler machen, sondern weil die Menschen das Wort „Gerechtigkeit“ sehen und den Begriff augenblicklich der Sozialdemokratie zuordnen. Gerade weil die Images so wirkmächtig, aber eben auch so wichtig sind, sollten wir immer wieder bei diesen Kernkompetenzen, den Versuch machen zu erklären, was uns leitet, was uns wichtig ist und zwar nicht in Chiffren, im Parteijargon oder nur in der simplen Abgrenzung zum politischen Mitbewerber, sondern in einer verständlichen Sprache, die den Menschen den Eindruck gibt, das wir wissen, wo sie der Schuh drückt.

Wie wichtig ist das Image des CDU-Politikers als Kümmerer wirklich?

Kümmern heißt ja nicht, den Menschen unseren Willen überzustülpen, sondern die Tugend des Zuhörens wieder neu zu lernen. Außerdem dürfen wir den extremistischen Rattenfängern, die genau dieses Kümmern zu ihrer Masche machen, das Feld nicht überlassen. Ferner müssen wir unsere Angst vor einer klugen Symbolpolitik ablegen: Runde Tische, lokale Gipfel können, wenn sie dann auch irgendwann Konsequenzen haben, viel bewirken. In jedem Fall dürfen wir nicht warten, bis die Menschen auf uns zukommen und sich mal in den Sprechstunden blicken lassen. Nein, wir müssen auf die Leute zugehen. Übrigens sind Umfragen, die sich mit Leichtigkeit selbst machen lassen, durchaus eine gute Idee.

Vielleicht nennen Sie uns abschließend noch ein paar Beispiele für innovative Veranstaltungsformen, mit denen sich unser Image vor Ort aufpolieren lässt.

Was mich am meisten in der letzten Zeit beeindruckt hat, war die Idee des Berliner Landesverbandes für das Wahlprogramm „100 Probleme – 100 Lösungen“. Auf verschiedenen Wegen haben die Freunde in Berlin die Mitglieder wie auch die Bürgerinnen und Bürger insgesamt befragt, was nach ihrer Ansicht die 100 wichtigsten Probleme der Stadt sind und haben dann mit Experten gemeinsam 100 Lösungen erarbeitet. Schließlich hat die CDU das Ergebnis – frei nach dem Motto: was nichts kostet, das taugt auch nichts – für 50 Cent am Kiosk verkauft. Das Programm war ein Riesenerfolg. Warum kann so etwas – auf kleinerem Niveau, mit 20 Problemen – nicht auch der Rheinisch-Bergische Kreis machen?

Gut sind auch Dialogveranstaltungen, wie sie überall in der CDU inzwischen unter dem Motto „Tür zu, Maul auf“ stattfinden. Klartext hinter verschlossenen Türen, und das nicht thematisch, sondern themenoffen, das reizt viele Anhänger. Es bedarf aber freilich eines guten Kandidaten, der sich auf das Experiment einlässt.

Mein letzter und ultimativer Geheimtipp für den Wahlkampf 2013, ganz gleich ob Kommunal oder auf der Bundesebene, ist übrigens extrem simpel. Nichts, aber auch nichts ist so effektiv wie der gute alte Haustürwahlkampf. Das kostet Kraft, aber die SPD, das hat sie schon überall herausposaunt, wird genau das machen und wir sollten da kräftig dagegen halten.

Vielen Dank Herr Dr. Borchard für diese tollen Anregungen und für dieses Gespräch!

Gern geschehen und alles Gute für Ihre Parteiarbeit!

Dr. Michael Borchard, hier links im Gespräch mit CDUinform-Redakteur Uwe Pakendorf, wurde 1967 in München geboren. Er studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Öffentliches Recht in Bonn. 1995-1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesarchivs. 1998 freier Mitarbeiter im Bundeskanzleramt. 1998-2003 Leiter des Referates „Reden, Textdokumentation, Fragen des gesellschaftlichen Wandels“ in der Thüringer Staatskanzlei. Seit Dezember 2003 Leiter der Hauptabteilung „Politik und Beratung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Werner Allendorf ist CDA-Ehrenvorsitzender in WK

Nachfolger ehrt Vorgänger: Stefan Leßenich übergibt Werner Allendorf die Ehrenvorsitz-Urkunde.

Im Rahmen der Veranstaltung der CDA Wermelskirchen mit Prof. Dr. Bernhard Vogel wurde der langjährige CDA-Vorsitzende Werner Allendorf zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Allendorf hatte den Verband von 1978 bis 2012 geführt. CDU-inform gratuliert sehr herzlich. (tf)

Willi Reitz ist neuer Kreishandwerksmeister

Seit dem 17. Januar ist das ehemalige CDU-Ratsmitglied (2004-2009) aus Bergisch Gladbach, Willi Reitz, Kreishandwerksmeister der Kreishandwerkerschaft Bergisches Land. Sein Stellvertreter Reiner Irlenbusch ist ebenfalls CDU-Mitglied. CDUinform gratuliert sehr herzlich und wünscht viel Erfolg für die wichtige Arbeit. (tf)

CDU-Center wegen Betriebsausflug geschlossen

Auf Einladung von Herbert Reul werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CDU-Centers ihn am 22. März im Europäischen Parlament in Brüssel besuchen. Aufgrund dieses Betriebsausflugs bleibt das CDU-Center an diesem Tag geschlossen. (tf)

GESUCHT: Welche CDU-Mitglieder passen noch in diese Rubrik? Geben Sie uns Tipps und Hinweise unter 02202-9369556 oder cduinfom@cdurbk.de

Herbert Reul, Holger Müller, Lutz Urbach, Karl-Josef Laumann, Rainer Deppe, Wolfgang Bosbach, Dr. Hermann-Josef Tebroke beim 33. Politischen Aschermittwoch vor beeindruckender Kulisse: 300 Gäste - Rekord!

REKORDBETEILIGUNG BEIM 33. POLTISCHEN ASCHERMITTWOCH

„So viele Gäste hatten wir noch nie!“, stellte Kreisvorsitzender Rainer Deppe zu Beginn seiner Begrüßung bei der diesjährigen Aschermittwochsveranstaltung erfreut fest. Über 300 Gäste waren der Einladung der Kreispartei zur traditionellen Auftaktveranstaltung nach der „fünften Jahreszeit“ in den Spiegelsaal des Bergischen Löwen gefolgt. Hauptredner war in diesem Jahr Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion NRW. Laumann lieferte das, was viele der Gäste von ihm erwartet hatten: Klartext! Im Mittelpunkt seiner häufig mit Zwischenapplaus bedachten Rede stand die Auseinandersetzung mit der rot-grünen Landesregierung. Vehement sprach er sich gegen den „Schulden-Haushalt“ des Landes aus, der die kommenden Generationen belaste und der Zukunftschancen beraube. „NRW ist das einzige Land, das sich nicht um die Schuldenbremse schert.“, so Laumann. Desweiteren geißelte er die Grünen als „Ökotyrannen“ und deren „ungebändigte Art, erwachsene Menschen erziehen zu wollen“. Zum Abschluss seiner Rede gab Laumann ein klares Bekenntnis zur Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung ab, über welches sich sicherlich nicht nur die anwesenden Bürgermeister Andreas Heider und Lutz Urbach sowie Landrat Hermann-Josef Tebroke freuten. Wolfgang Bosbach kam die Aufgabe zu, Laumann für seine Rede und seine Arbeit zu danken. Auf die Herkunft Karl-Josef Laumanns und die unterschiedlichen Temperamente anspielend sagte er: „Westfalen wie Du halten, was wir Rheinländer versprechen. Bleib so wie Du bist“. Zum Abschluss der erfolgreichen Veranstaltung wurde traditionell das gemeinsame Fischessen eröffnet.(tf)

Gut gelaunte Abteilung Atacke vom Fraktionschef im Landtag, Karl-Josef Laumann

Rainer Deppe freute sich als Gastgeber über eine Rekordbeteiligung beim 33. Politischeb Aschermittwoch

Willi Palm und Sylvia Wöber-Servaes vom CDA-Kreisvorstand mit CDA-Bundeschef Karl-Josef Laumann und CDU-Kreisvorsitzendem Rainer Deppe

TRAUER UM ZWEI AKTIVE SENIOREN

Die CDU und die Senioren-Union trauern um zwei aktive Wegbegleiter im Rheinisch-Bergischen Kreis, die vor kurzem von uns gegangen sind.

Mit **PETER KAMP** hat die Bergisch Gladbacher Senioren-Union am 22. Februar 2013 nur wenige Tage nach seinem 85. Geburtstag und nach schwerer Krankheit ihren ehemaligen Vorsitzenden verloren.

Er amtierte von 1993 bis 1997 und mischte sich auch anschließend und bis zuletzt aktiv in das Geschehen seiner Heimat Bergisch Gladbach ein. Er war seinen Nachfolgern stets ein gern gefragter Gesprächspartner.

Am 26. Februar 2013 verstarb ebenfalls nach schwerer Krankheit mit dem Rösrather **GEORG GEIST** einer der Begründer der Rösrather und der Kreis-Senioren-Union. Schon vor der offiziellen Gründung war er Geschäftsführer des Rösrather CDU-Arbeitskreises Senioren-Politik und führte bereits die ersten und bis heute beliebten Fahrten durch.

Er initiierte die Gründung des Kreisverbandes und übernahm nach der Gründung des Gemeindeverbandes Rösrath im Jahr 1988 deren Vorsitz, den er bis 2006 innehatte.

Dem Rat der damaligen Gemeinde Rösrath gehörte er von 1961 bis 1973 in verschiedenen Funktionen, vor allem im Bereich Soziales an. Sein Engagement galt aber nicht nur den Senioren, auch sozial Bedürftige, Kranke und Kinder im Vorschulalter waren stets in seinem Fokus. 1973 wurde er hauptamtlicher Sozialamtsleiter der Gemeinde Rösrath. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1983 konnte er so seine Passion weiter leben.

Für seine vielfältigen Verdienste wurde er 2001 mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet.

CDU und Senioren-Union sind beiden Mitstreitern zu Dank verpflichtet. Wir werden beiden ein ehrendes Andenken bewahren.

Foto: Arno Bachert, pixelio.de

Wer meint, dass die Innenpolitik aus dem Fokus der Politik gerückt ist, der täuscht sich. Die Gewerkschaft der Polizei schlägt Alarm, weil das Land die Einstiegsbesoldung für Kommissaranwärter reduzieren möchte und die Polizei vor einer Welle von Pensionierungen steht, die bei fortgesetzter Einstellungspraxis nicht mehr durch Nachwuchskräfte gedeckt werden kann. Im Kreis wurde jüngst die Kriminalitätsstatistik für den Rheinisch-Bergischen Kreis vorgestellt: mit positiven Entwicklungen, aber auch gestiegenen Einbruchsdiebstählen. Grund genug für die CDUinform bei dem Chef der Kreispolizeibehörde, unserem Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke und dem Abteilungsleiter der Kreispolizeibehörde Manfred Frorath nachzufragen, wo der Schuh drückt und wo es Erfolge zu verzeichnen gibt.

PERSONALKÜRZUNGEN... RISIKO FÜR DIE POLIZEIARBEIT?

Mit Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke und Polizeidirektor Manfred Frorath sprachen Uwe Pakendorf und Lennart Höring

Herr Landrat, jüngst wurde die Kriminalitätsstatistik des Rheinisch-Bergischen Kreises vorgestellt. In der Kriminalitätsentwicklung gibt es Licht und Schatten. Welche Bilanz ziehen Sie?

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Erst einmal kann man festhalten, dass der Rheinisch-Bergische Kreis weiterhin zu den sichersten Landkreisen Nordrhein-Westfalens zählt, und das trotz seiner räumlichen Nähe zum Ballungsraum Köln. Im Vergleich der 47 Polizeibehörden im Land haben wir einen hervorragenden fünften Platz im Jahr 2012 erzielt. Mir ist es wichtig, dass wir auch zukünftig an diesen Erfolgen anknüpfen. Die Gesamtzahl der angezeigten Straftaten im Rheinisch-Bergischen Kreis hat sich insgesamt von 2011 nach 2012 leicht verbessert. Eine positive Entwicklung können wir bei der Gewaltkriminalität und insbesondere auch bei der Jugendkriminalität feststellen – soweit zum Licht. Hingegen nimmt zum einen die Straßenkriminalität zu, und zum zweiten haben wir eine durchaus besorgniserregende Entwicklung bei den Wohnungseinbrüchen zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist auch landesweit zu beobachten. Die Entwicklung bei der Straßenkriminalität und beim Wohnungseinbruch stellen die Schattenseite der Entwicklung dar.

Wohnungseinbrüche: „Wir haben die Ermittlungsbemühungen deutlich verstärkt und führen insbesondere in den dunklen Jahreszeiten sehr personalintensive Präsenzmaßnahmen durch. “

Herr Frorath, woran liegt dieser doch deutliche Anstieg der Wohnungseinbrüche?

Manfred Frorath: In der langjährigen Entwicklung konnten wir in der Mitte des letzten Jahrzehnts einen Rückgang beobachten. Seit 2009 haben die Fallzahlen bei den Wohnungseinbrüchen wieder deutlich zugenommen. Sie sind von 538 (2009) zunächst einmal auf 721 (2010), dann auf 846 (2011) und letztes Jahr noch einmal um 25 Fälle angestiegen. Wir sind jetzt wieder auf dem Niveau der 90er Jahre und zu Beginn des letzten Jahrzehnts (zw. 750 und 950) angekommen. Seit Jahren ist diese Kriminalitätsform ein Behördenschwerpunkt, auf den wir nach wie vor den Blick richten werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die jüngste Entwicklung, dass wir vermehrt Diebstähle aus Kraftfahrzeugen zu verzeichnen haben. Insbesondere sind davon Festeinbauten von Navigationsgeräten und Airbags betroffen.

Welche Maßnahmen wird die Kreispolizeibehörde nun ergreifen?

Manfred Frorath: Erstens haben wir bereits die Ermittlungsbemühungen deutlich verstärkt. Zweitens führen wir insbesondere in den dunklen Jahreszeiten sehr personalintensive Präsenzmaßnahmen durch. An Anschlussstellen der Bundesautobahnen und entlang der Straßenbahnlinie 1, die sich ebenfalls als eine „An- und Abreisestrecke“ entwickelt hat. Dadurch gewinnen wir wichtige Hinweise durch die Bürger und führen gleichzeitig auch stichprobenartige Kontrollen insbesondere von auswärtigen Fahrzeugen durch.

Apropos personalintensiv: Bringt es Probleme mit sich, wenn Sie ihren Tätigkeitsschwerpunkt auf solche Maßnahmen verlagern?

Manfred Frorath: Personal ist naturgemäß endlich. Und es sind definitiv Kraftakte, die wir dort vornehmen. Diese finden nicht täglich statt, sondern in begrenzten Zeiträumen. Problematisch wird es immer dann, wenn wir ein weiteres Phänomen hinzu bekommen, wie zum Beispiel die genannten Diebstähle aus Kraftfahrzeugen, die hauptsächlich in der Nacht passieren. Von den Wohnungseinbrüchen ist hingegen der Früh- und Spätdienst betroffen. Wenn dann der operative Schwerpunkt unterschiedlich ist und die Dienstschichten mit unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkten gleichzeitig betroffen sind, wird es schwierig. Dann müssen wir Schwerpunktsetzungen vornehmen und die liegen bislang eindeutig auf dem Feld des Wohnungseinbruchs.

Herr Landrat, sind Sie mit der Aufklärungsquote zufrieden?

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Wenn man auf die Aufklärungsquote bei den Wohnungseinbrüchen abstellt, dann liegen wir bei 16 Prozent der

Fälle. Bei allen Straftaten zusammen genommen sind es knapp die Hälfte. Das kann uns nicht zufrieden stellen, auch wenn diese Quote dem Landesdurchschnitt entspricht. Im letzten Jahr hatten wir über 500 Sachbeschädigungen mehr im öffentlichen Raum zu verzeichnen, die schwierig aufzuklären sind. Das hat sich natürlich negativ auf die Aufklärungsquote insgesamt ausgewirkt. Wir werden in diesem Jahr alles daran setzen, die Aufklärungsquote zu verbessern.

Welche Maßnahmen müssten aus polizeilicher Sicht ergriffen werden, um die Aufklärungsquote deutlich steigern zu können?

Manfred Frorath: Aus polizeilicher Sicht müssen wir unsere Spurensicherungsmaßnahmen noch weiter optimieren. Wir wollen jeden Tatort insbesondere bei Wohnungseinbrüchen und Diebstählen aus Kraftfahrzeugen auf Spuren hin untersuchen. Zudem wollen wir unsere Initiative aus 2011 wiederholen, den Bürger noch mehr mit ins Boot zu holen. Teilweise erfahren wir von verdächtigen Beobachtungen durch Anwohner immer noch mit einem erheblichen Zeitverzug. Dort scheint die Hemmschwelle, direkt bei uns anzurufen, immer noch zu hoch zu sein. Daher möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal eindringlich dafür werben, bei verdächtigen Beobachtungen direkt die 110 anzurufen. Wir kommen zu Ihnen und das kostet auch nichts.

„Ab dem Jahr 2016 werden selbst 1400 Neueinstellungen nicht mehr ausreichen, um den altersbedingten Abgang auszugleichen."

Das klingt nach dem Motto: Die Polizei, dein Freund und Helfer.

Manfred Frorath: Ja, das ist richtig. Wir wollen ein Servicedienstleister in verschieden Bereichen sein - nicht nur, was die Kriminalitätsbekämpfung angeht. Wir setzen zum Beispiel auch auf die Kommunikation von Verhaltenshinweisen zum Schutz der Bürger. Wenn beispielsweise nach Verlassen einer ebenerdigen Wohnung die Fenster auf Kippstellung gelassen werden, ist das geradezu eine Einladung für Einbrecher. In der dunklen Jahreszeit ist auch der Einsatz von Zeitschaltuhren zur Simulation von Anwesenheiten eine gute Maßnahme. Gerade in dieser Hinsicht versuchen wir die Menschen zu sensibilisieren und immer mehr Menschen nutzen unsere Beratungsangebote. Dort ist eine positive Entwicklung festzustellen.

Diese Maßnahmen scheinen noch nicht vollends zu greifen.

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Wir sind uns sicher, dass sie gewirkt haben, und wollen uns gar nicht vorstellen, wie die Statistik ohne diese Maßnahmen ausgefallen wäre. Ein Grund für die trotzdem gestiegenen Fallzahlen liegt auch darin, dass sich das Täterprofil in den letzten Jahren durchaus stark verändert hat.

In welcher Hinsicht ist dies geschehen?

Manfred Frorath: Wir haben Erkenntnisse darüber, dass in den Wintermonaten in organisierter Form Personengruppen als Arbeiter aus Osteuropa nach Nordrhein-Westfalen kommen. Vor Ort werden sie dann von Logistikern beherbergt und nach Abschluss ihrer Tätigkeiten wird im Frühjahr wieder die Heimreise angetreten. Wenn wir es schaffen, solche Arbeiter auf frischer Tat festzunehmen, dann erfolgt relativ zeitnah wieder der Nachschub aus dem Ausland.

Größere Aufmerksamkeit verursachte im Februar ein Verkehrsunfall mit einer getöteten Frau auf der Hoffnungsthaler Hauptstraße. Nach nur 11 Tagen konnte ein flüchtiger LKW-Fahrer aus Viersen der Tat überführt werden. Diese Ermittlungsarbeit war für die Kreispolizeibehörde ein großer Erfolg und zeigt, dass die Polizei vor Ort gute Arbeit leistet. Welche Rahmenbedingungen haben dazu beigetragen, dass Sie diesen Fall so schnell lösen konnten?

Manfred Frorath: Erstens war es der Einfallsreichtum der beteiligten Kräfte und deren Engagement. Am Anfang hatten wir keine Zeugenhinweise, wir hatten keine Unfallspuren vor Ort, die uns Rückschlüsse auf das Fluchtfahrzeug geben konnten. Zweitens haben wir nicht nur Mitarbeiter der Direktion Verkehr eingebunden, sondern aller Direktionen, die hervorragend zusammen gearbeitet haben. Und diese gute Zusammenarbeit setzte sich letztlich über vier Polizeibehörden bis nach Viersen und Mönchengladbach fort, die Gerichtsmedizin in Köln mit eingeschlossen. Unmittelbar nach dem Unfall hatte es angefangen zu schneien. Daraufhin hatte uns auch die Feuerwehr Rösrath bei der Sicherung der Unfallstelle durch das Aufstellen eines Zeltes maßgeblich unterstützt. Es war für uns ein Paradebeispiel für team- und behördenübergreifende Zusammenarbeit. Man muss allerdings dazu sagen, dass hier auch wieder eine personelle Schwerpunktsetzung stattgefunden hat. Es handelt sich hier um ein Tötungsdelikt, deshalb der hohe Personalansatz.

Die Zahl der Verkehrstoten nimmt in NRW wie auch im Kreis seit Jahren stetig ab. Sind die Verkehrsteilnehmer einfach nur disziplinierter oder ist dies auch ein Verdienst der Polizei vor Ort?

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Ein erster wichtiger Grund für die Verminderung von schweren Unfällen ist die Verbesserung der passiven Sicherungseinrichtungen durch die technischen Entwicklungen in den Fahrzeugen. Ein zweiter Grund liegt im Verdienst der Polizei, die bei den Verkehrsteilnehmern sehr intensiv Aufklärungsarbeit betreibt. Es muss die Botschaft bei den Menschen ankommen, passiver zu fahren. Ein dritter Grund ist, dass teilweise ein besseres Verkehrsverhalten zu beobachten ist, sodass es zu weniger schweren Folgen von Verkehrsunfällen kommt. Wir versuchen stetig, die neuesten aus der Unfallstatistik hergeleiteten Unfallursachen in die polizeiliche Präventionsarbeit einfließen zu lassen. Ein Beispiel für diese Präventionsarbeit ist derzeit auch die Ausstellung der Kreispolizei „Jeden kann es treffen" im Kreishaus. Natürlich würden wir uns wünschen, dass es noch weitere Verbesserungen gibt.

Manfred Frorath: In der Tat sind wir mit dem Geschwindigkeitsverhalten vieler Verkehrsteilnehmer, insbesondere auch der Fahranfänger, noch nicht zufrieden. Dabei ist uns nicht nur wichtig, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht überschritten wird, sondern dass auch entsprechend der gegebenen Bedingungen (Wetter, Fahrbahnverhältnisse)

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke und Polizeidirektor Manfred Frorath im Interview mit den CDUinform-Redakteuren Uwe Pakendorf und Lennart Höring

angemessen gefahren wird. Daher kommt es nach unserer Überzeugung bei Kontrollen auch auf den richtigen Mix aus angekündigten und unangekündigten Kontrollen an.

Die Gewerkschaft der Polizei warnt in NRW mit dem Motto „110 und keiner ist da" vor einem massiven altersbedingten Personalrückgang ab 2016. Wie trifft diese Entwicklung die Kreispolizeibehörde vor Ort?

Manfred Frorath: Es stimmt, dass ab dem Jahr 2016 mehr Polizisten in den Ruhestand gehen, als neu eingestellt werden. Unter der alten Landesregierung wurden die jährlichen Neueinstellung von Anwärtern von 480 auf 1100 und dann sogar auf 1400 erhöht. Aber ab dem Jahr 2016 werden selbst 1400 Neueinstellungen, von denen nach ihrer Ausbildung nur 1300 real ankommen, nicht mehr ausreichen, um den altersbedingten Abgang auszugleichen. Die Zahlen der GdP sind folglich auch nach unserer Einschätzung zutreffend. Deshalb können wir vor Ort davon ausgehen, dass wir am Ende des Jahrzehnts 17 Mitarbeiter, sprich 5 Prozent weniger haben werden.

Welche Möglichkeit haben Sie vor Ort überhaupt, dagegen anzusteuern?

„Ich kann nicht erkennen, dass die Zusammenlegung von Kreispolizeibehörden oder die Zusammenlegung auf ein Polizeipräsidium hier irgendwelche Vorteile produzieren könnte."

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Derzeit können wir nicht davon ausgehen, dass die Aufgaben der Polizei weniger werden. Also wird ein Rückgang des Personalbestandes wohl zu einem erheblichen Druck auf das Personal führen. Als Kreispolizeibehörde erwarten wir, dass sich das Ministerium dazu äußert, wie wir mit der zu erwartenden Reduzierung der Mitarbeiter umgehen sollen. Unabhängig davon werden bereits jetzt in der Kreispolizeibehörde Überlegungen angestellt, wie wir diesen Prozess am schonendsten managen können. Klar ist: Bei rückläufigem Personalbestand bleibt uns nichts anderes übrig als auch die Standards und die Qualitäten der polizeilichen Arbeit kritisch zu hinterfragen. Das kann bedeuten, dass der Bezirksbeamte nicht mehr so häufig vor Ort beim Bürger ist und sich auch die Aufklärungsquote verschlechtert. Das wollen wir natürlich nicht!

Ist die schon häufig diskutierte Zusammenlegung von Behörden in diesem Zusammenhang zu befürchten?

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Das ist intensiv diskutiert worden. Ich kann nicht erkennen, dass die Zusammenlegung von Kreispolizeibehörden oder die Zusammenlegung auf ein Polizeipräsidium hier irgendwelche Vorteile produzieren könnte. Im Gegenteil: Wir würden vor Ort weitere Qualitätseinbußen in Kauf nehmen müssen. Deshalb bin ich nach wie vor dezidiert der Auffassung, dass wir an der Kreispolizeibehörde unseres Kreises festhalten müssen. An anderen Stellen sind wir ja bereits dabei, durch verbesserte Rahmenbedingungen echte Synergien zu erzeugen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Zusammenlegung der Wachen im Nordkreis ansprechen. Das ist eine Maßnahme, die aus polizeitaktischen Erwägungen sinnvoll ist. Dadurch ergibt sich eine weitere Verbesserung der Leistung der Polizei. Daran werden wir festhalten, auch wenn es derzeit einige Verzögerungen gegeben hat, die wir nicht zu verantworten haben.

Ist ihrer Meinung nach die Besoldungssituation für Berufseinsteiger bei der Polizei noch interessant genug? Die Landesregierung plant beispielsweise für Kommissaranwärter mit der Einstiegge-haltsstufe A9 Stufe 2 eine deutlich geringere Besoldung für 25-jährige nach Abschluss ihres Studiums.

Manfred Frorath: Derzeit haben wir für 1400 Einstellungen 8500 Bewerber. Demnach scheint der Beruf bislang noch sehr attraktiv zu sein. Bislang erhält der Anwärter ca. 980 Euro netto. Das ist für einen Auszubildenden sicherlich viel Geld. Die potentiellen Bewerber werden in den nächsten Jahren demographiebedingt zurückgehen. Wie das dann noch mit reduzierten Anwärterbezügen zusammen passt, das erschließt sich mir nicht. Da kommt eventuell ein weiteres Problem auf uns zu.

Wenn man in die Großstädte schaut, nimmt man immer mehr Berichte wahr, dass Polizisten bei einfachen Kontrollen tätlich angegriffen werden. Sind solche Übergriffe bei uns auf dem Land auch schon normal?

Manfred Frorath: Landesweit ist festzustellen, dass in einigen Stadt-

Polizeiarbeit im Rheinisch-Bergischen Kreis ist gut

Sicherheit wünschen wir uns alle. Sie stellt einen wichtigen Faktor für unser Wohlbefinden und unsere Wohnqualität dar. Sicherheit ist doch normal, denken viele von uns. Doch stell Dir vor, Du wählst „110 – und keiner ist da!". Mit diesem zugegebenermaßen drastischen Slogan warnt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) seit Februar 2013 vor dramatischen Folgen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, auch im Rheinisch-Bergischen Kreis. Worum geht es? Es geht um Sparmaßnahmen der rot/grünen Landesregierung, alleine in diesem Jahr mehr als 40 Millionen Euro bei der Polizei einzusparen.

Nach Berechnungen der GdP fehlen nämlich dann bis zum Jahr 2020 im Rheinisch-Bergischen Kreis 17 Polizisten. *(siehe auch Interview auf den vorherigen Seiten)* Das sind 5% der aktuellen Belegschaft und wird laut GdP konkrete Folgen für den Kreis haben. Neben den negativen Auswirkungen auf die Polizisten selbst (Stichwort: Arbeitsüberlastung, Stress etc.) könnte es längere Wartezeiten bis zum Eintreffen der Polizei geben – und Straftaten werden schon heute mehr verwaltet, als aufgeklärt.

Dabei sind die Zahlen besorgniserregend: Die Kriminalitätsentwicklung in NRW von 2009 bis 2012 ist um 11,6% gestiegen, die Zahl von Kriminalitätsopfern um 7,6%. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist im Rheinisch-Bergischen Kreis von Januar bis November 2012 von 697 auf 782 angestiegen, eine Steigerungsrate von 12% . Die Anforderungen an die Polizei vor Ort nehmen also zu.

Polizeiarbeit ist in vielen Bereichen aber nun einmal zeit- und personalintensiv. Das zeigt auch der jüngste Erfolg der rheinisch-bergischen Kreispolizei, den Unfalltod einer Rösratherin in kürzester Zeit aufzuklären und den Verantwortlichen zu ermitteln; gelungen dank einer effizienten personalstarken 11-köpfigen Ermittlungseinheit.

Leider sind heute viel zu viele Polizisten zudem mit administrativen Tätigkeiten beschäftigt, die eigentlich keine polizeifachliche Qualifikation erfordern. Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher die landesweite Einstellung von 1.000 angestellten Polizeiverwaltungsassistenten (ca. 20 pro Kreispolizeibehörde), die die Verwaltungsarbeit übernehmen. Damit bliebe mehr Zeit für die hoheitliche Arbeit der Polizei auf der Straße und bei der Aufklärung.

Auch fehlt bei der Polizei der dringend benötigte Nachwuchs. Wir müssen in NRW wieder mehr Polizisten ausbilden als die Landesregierung plant, alleine um altersbedingt ausscheidende Polizisten zu ersetzen. Nach Informationen des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW vom 03.01.2011 steigt die Zahl der Pensionierungen, gesundheitlichen oder sonstigen Abgänge bei der Polizei NRW von mindestens 605 im Jahr 2011 über 958 im Jahr 2013 bis weit über 2000 im Jahr 2021 ff. an. Polizisten, die mit jährlich nur 1.000 bis 1.400 Polizeischülern langfristig nicht ersetzt werden können. Laut GdP müssten deutlich mehr als die geplanten 1.400 Anwärter in diesem Jahr eingestellt werden, mindestens 1.500 bis 1.700. (lh)

Foto: Arno Bachert, pixelio.de

vierteln von Großstädten Polizeibeamte aus Furcht vor Übergriffen nicht mehr nur in Zweierteams eingesetzt werden konnten. Folge ist, dass man mehr Kräfte zusammen ziehen musste. Solche Verhältnisse haben wir Gott sei Dank im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht. Worüber meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klagen ist, dass der Respekt gegenüber ihnen doch spürbar abgenommen hat. Es werden unflätige Kommentare geäußert. Viele wollen aber auch mehr mit uns über ihre Vergehen diskutieren nach dem Motto: Warum muss ich das denn jetzt machen oder ähnliches.

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Das kann ich leider – auch aus Berichten aus dem Streifendienst in den letzten Monaten – bestätigen. Das hat mich schon sehr nachdenklich gestimmt und verärgert. Einerseits gibt es ein sehr positives Berufsbild des Polizisten und auch vielerorts Dankbarkeit für die geleisteten Dienste der Polizei. Wenn aber bei Verstößen und Kontrollen sehr respektlos reagiert, ja teilweise sogar attackiert wird, dann habe ich kein Verständnis dafür. Es kann doch nicht sein, dass die Polizei bei ihrem Einsatz nicht nur nicht unterstützt, sondern auch noch behindert und beschimpft wird. Ich werbe daher sehr dafür, dass das Bild des Polizisten als dein Freund und Helfer auch wahrgenommen wird. Ursache für dieses Verhalten speziell jüngerer Generationen ist sicherlich auch eine wachsende Respektlosigkeit gegenüber dem Mitmenschen. Ich halte es für eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft und insbesondere der Erziehungsverpflichteten, darauf hinzuwirken, dass dieser notwendige Respekt und die Anerkennung gegenüber den Menschen insgesamt, aber auch denjenigen, die sich für das Wohl der Gesellschaft einsetzen, gesichert bleiben. Es ist alles andere als lustig, wenn man Polizisten beschimpft.

Jetzt haben wir so häufig über verstärkten Personaleinsatz in unterschiedlichen Bereichen gesprochen. Die Aussage ist also richtig, dass sie mit weniger Personal vor Ort nicht zurechtkommen werden?

Manfred Frorath: Die absehbare Personalentwicklung wird uns Schwierigkeiten bereiten. Weitere Einstellungen sind natürlich wünschenswert, insbesondere wenn ich an die Pensionierungswelle bis zum Ende des Jahrzehnts denke. Letztlich muss es allerdings auch bezahlbar sein. Die Forderung nach mehr Personal ist immer leicht zu stellen. Es muss ausgebildet werden und es muss auch bezahlt werden können.

Dr. Hermann-Josef Tebroke: In unserer Personalplanung müssen wir schon bald anfangen, den Tendenzen entgegen zu wirken. Aufgrund der demografischen Entwicklung brauchen wir ein Konzept, dass schon bei der Personalverteilung am 01.09.2013 (regelmäßiger Versetzungstermin) Wirkung entfaltet.

Herr Landrat, Herr Frorath, wenn Sie einen Wunsch für die Kreispolizeibehörde frei hätten, was würden Sie sich wünschen?

Manfred Frorath: Ich würde mir wünschen, dass alle meine Kolleginnen und Kollegen auch im Jahr 2013 heil aus ihren Einsätzen zurückkommen.

Dr. Hermann-Josef Tebroke: Ich würde mir wünschen, dass die Allgemeinheit die Leistungen unserer Polizei anerkennt und dies auch dadurch zum Ausdruck bringt, dass eine gute Ausstattung und Personalstärke der Polizei als Selbstverständlichkeit gilt. Ich habe aber noch einen zweiten Wunsch – wenn ich darf? (lacht). Ich wünsche mir zudem, dass wir alsbald die Genehmigung für die Vergabe des Neubaus der Polizeiwache im Nordkreis bekommen.

Wir hoffen, dass Ihre Wünsche allesamt in Erfüllung gehen und bedanken uns sehr herzlich für dieses Interview.

v.l.n.r.: Holger Müller MdL, Jürgen Gehlen (Vize GdP RBK), Wolfgang Bosbach MdB, Rainer Deppe MdL, Gerd Werner (Vorsitzender GdP RBK), Herbert Reul MdEP, Gabi Bienewald (GdP RBK)

Im Rahmen der letzten Sitzung des erweiterten CDU-Kreisvorstandes am 22. Februar 2013 fand eine Fachdiskussion zum Thema mit Vertretern der rheinisch-bergischen Gewerkschaft der Polizei (GdP) statt. Als Fazit hat der Kreisvorstand einstimmig eine Resolution verabschiedet und stellt folgende Forderungen an die Landesregierung auf:

Die CDU Rheinisch-Bergischer Kreis fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen daher auf:

1. **Sparmaßnahmen nicht zu Lasten des Polizeivollzugsdienstes durchzuführen. Wir brauchen jeden Polizisten auf der Straße und zur Aufklärung von Straftaten.**
2. **Wieder mehr Polizisten auszubilden, damit altersbedingt ausscheidende Polizisten ersetzt werden können. Mind. 1.500 bis 1.700 statt der geplanten 1.400 pro Jahr.**
3. **Die Polizei bei der Verwaltung zu entlasten. Mehr Aufklärung muss erklärtes Ziel sein. Polizeiverwaltungsassistenten im Rheinisch-Bergischen Kreis sind ein mögliches Mittel dazu.**

TERMINE DER CDU UND VEREINIGU

Termine im März 2013

20.03.2013
Mittwoch
10:00 Uhr

Senioren-Union Leichlingen
Ostdeutschland zwischen Kriegsende und Gründung der DDR
Vortrag von Dr. Jürgen Thies
CDU-Bürgertreff, Bahnhofstr. 17
Helmut Langer, 02175-4150

20.03.2013
Mittwoch
10:30 Uhr

Senioren-Union Overath
134. Frühschoppen
mit dem Ersten Beigeordneten Bernd Sassendorf
Gut Eichthal, Siegburger Straße
Rudolf Preuß, 02206-2953

20.03.2013
Mittwoch
15:00 Uhr

Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff: „Leben in einer Zeit des Wandels; Konsequenzen für die Familie“
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 02202-83572

20.03.2013
Mittwoch
17:00 Uhr

Senioren-Union Burscheid
Europapolitik
mit Herbert Reul MdEP
Gaststätte Tennishalle Hilgen, Erlenweg 4
Heinz Wilgenbusch, 02174-786217

21.03.2013
Donnerstag
19:00 Uhr

CDU Bergisch Gladbach-Stadtmitte
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen und Dr. Hermann-Josef Tebroke
Gaststätte „Zum Horn“, Hornstr. 147, Stadtmitte
Oliver Renneberg, 0172-6887692

22.03.2013
Freitag
19:00 Uhr

CDU Odenthal
Jahreshauptversammlung
Bürgerhaus
Nicola Ciliax-Kindling, 02174-743911

25.03.2013
Montag

Senioren-Union Kürten
Besichtigung der MMC-Studios in Köln-Ossendorf
Heinz-Georg Clausen, 02268-909300

28.03.2013
Donnerstag
15:00 Uhr

Senioren-Union Wermelskirchen
Reportage über den Bau der Müngstener Brücke
Vortrag von Achim Stillger
Sitzungssaal Bürgerhaus, Eich 6/9
Werner Allendorf, 02196-4103 oder 0173-2856393

Termine im April 2013

06.04.2013
Samstag
10:00 Uhr

CDU BGL-Refrath/Frankenforst
Frühjahrsputz
Treffpunkt: Marktplatz Refrath
Robert Martin Kraus, 0176-20078182

08.04.2013
Montag
20:00 Uhr

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
Sport trifft Politik
mit Wolfgang Bosbach und Eberhard Gienger
Bergisch Gladbach
Thomas Frank, 02202-936950

09.04.2013
Dienstag
19:00 Uhr

CDU Bergisch Gladbach
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen
Spiegelsaal im Bürgerhaus Bergischer Löwe,
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
CDU-Center, 02202-9369570

09.04.2013
Dienstag
19:00 Uhr

CDU OV Wermelskirchen
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen
Hotel zur Eich, Wermelskirchen
Werner Allendorf, 02196-4103

10.04.2013
Mittwoch
10:00 Uhr

Senioren-Union Rösrath
XIX. Politisches Gespräch
Bacherhof, Bach 4, Lohmar
Rainer Mauer, 02205-2210

10.04.2013
Mittwoch
19:00 Uhr

KPV Rheinisch-Bergischer Kreis
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach
Thomas Frank, 02202-936950

11.04.2013
Donnerstag
19:30 Uhr

CDA Rheinisch-Bergischer Kreis
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen
Kreishaus, Raum 002/Dhünn, Am Rübezahlwald 7,
Bergisch Gladbach
Sylvia Wöber-Servaes, 02204-66016

12.04.2013
Freitag
19:00 Uhr

CDU Burscheid
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen und Wolfgang Bosbach MdB
Hotel Schützenburg, Hauptstr. 116, Burscheid
Erika Gewehr, 02174-60776

12.04.2013
Freitag
19:00 Uhr

CDU Rösrath
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen
Dorfschänke Eckert, Scharrenbroicher Str.
Uwe Pakendorf, 02205-896088 / 0170-5423965

17.04.2013
Mittwoch
15:00 Uhr

Senioren-Union Bergisch Gladbach
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen und Rainer Deppe MdL
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 02202-83572

19.04.2013
Freitag
19:00 Uhr

Frauen Union Rheinisch-Bergischer Kreis
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen und Wolfgang Bosbach MdB
Hotel Schützenburg, Hauptstr. 116, Burscheid
CDU-Center, 02202-936950

24.04.2013
Mittwoch
08:30 Uhr

Senioren-Union Overath
101. Exkursion
zum Braunkohletagebau Hambach
Treffpunkt am Bahnhof, 18 € p.P.
Rudolf Preuß, 02206-2953

24.04.2013
Mittwoch
17:00 Uhr

Senioren-Union Burscheid
Stadtgespräch
mit Dr. Kellersohn vom Krankenhaus Wermelskirchen
Gaststätte Treffpunkt, Bgm.-Schmidt-Str. 11
Heinz Wilgenbusch, 02174-786217

Hintergrund: JMG, pixelio.de

UNGEN IM RHEINISCH-BERGISCHEN

25.04.2013
Donnerstag
11:30 Uhr

Senioren-Union Leichlingen
Tagesfahrt nach Bonn
Treffpunkt am Busbahnhof, 22 € p.P., mind. 30 P.
Helmut Langer, 02175-4150

27.04.2013
Samstag
09:30 Uhr

CDA Wermelskirchen
Fahrt zur Zeche Zollverein nach Essen
Treffpunkt: Loches-Platz
Fahrt im Reisebus, 25 € p.P.
Manfred Groß, 02196-886613

Termine im Mai 2013

01.05.2013
Mittwoch
11:00 Uhr

CDA Rheinisch-Bergischer Kreis
CDA-Stand auf der DGB-Kundgebung zum Tag der Arbeit am 1. Mai
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
Sylvia Wöber-Servaes, 02204-66016

02.05.2013
Donnerstag
19:00 Uhr

CDU Berg. Gladbach-Gronau/Heidkamp
Deutschland vor der Wahl
mit Wolfgang Bosbach MdB
Pfarsaal St. Josef, Leerbacher Weg 2, Berg. Gladbach
Hans-Josef Haasbach, 02202-243386

06.05.2013
Montag
15:00 Uhr

Senioren-Union Rhein.-Bergischer Kreis
Jahreshauptversammlung
mit dem Landesvorsitzenden Leonhard Kuckart
Kreishaus, Am Rübezahlwald 7, Bergisch Gladbach
Holger Müller MdL, 02202-936950

06.05.2013
Montag
19:30 Uhr

Junge Union Bergisch Gladbach
Stammtisch
aktueller Ort im Internet auf www.ju-gl.de
Martin Lucke, 02204-85047 oder 0157-82402738

08.05.2013
Mittwoch
18:00 Uhr

CDA Wermelskirchen
Vortrag
von Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süßmuth und Wolfgang Bosbach MdB
Bürgerzentrum Wermelskirchen
Stefan Leßenich, 02196-800418

15.05.2013
Mittwoch
15:00 Uhr

Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff zum Thema „Alles was Recht ist. Das Internet und seine Folgen“
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 02202-83572

15.05.2013
Mittwoch
18:00 Uhr

Senioren-Union Leichlingen
Kommunalpolitischer Treff
mit dem Parteivorsitzenden Rainer Hüttebräucker und dem Fraktionsvorsitzenden Helmut Wagner
Kirchstr. 5 (ggü. Commerzbank)
Helmut Langer, 02175-4150

22.05.2013
Mittwoch
10:30 Uhr

Senioren-Union Overath
135. Frühschoppen
mit Wolfgang Bosbach MdB
Bürgerhaus Overath
Rudolf Preuß, 02206-2953

22.05.2013
Mittwoch
19:30 Uhr

CDU BGL-Refrath/Frankenforst
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen
Gaststätte Ewige Lampe, Wilhelm-Klein-Straße
Robert Martin Kraus, 0176-20078182

24.05.2013
Freitag

Frauen Union Odenthal
Fahrt nach Walbeck
Maria Schleenstein, 02174-4459

24.05.2013
Freitag

Senioren-Union Rösrath
Fahrt ins Severinsviertel
Paul Kraus, 02205-6118

24.05.2013
Freitag
19:00 Uhr

CDU BGL-Bensberg/Moitzfeld
Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen und Wolfgang Bosbach MdB
PROgymnasium, Schloßstr. 84, Bensberg
Lennart Höring, 02204-9675929, lh@cdu-gl.de

27.05.2013
Montag
10:00 Uhr

Senioren-Union Rösrath
XX. Politisches Gespräch
Forsbacher Mühle, Mühlenweg 43, Rösrath
Rainer Mauer, 02205-2210

28.05.2013
Dienstag
13:45 Uhr

CDA Wermelskirchen
Besichtigung Rathaus Remscheid
Treffpunkt: Rathaus Remscheid vor Löwendenkmal
Manfred Groß, 02196-886613

Termine im Juni 2013

03.06.2013
Montag
19:30 Uhr

Junge Union Bergisch Gladbach
Stammtisch
aktueller Ort im Internet auf www.ju-gl.de
Martin Lucke, 02204-85047 oder 0157-82402738

08.06.2013
Samstag
10:30 Uhr

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis
63. Kreisparteitag
mit Vorstandswahlen
GL-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach
Thomas Frank, 02202-936950

19.06.2013
Mittwoch

Senioren-Union Leichlingen
Besichtigung des RWE-Braunkohlekraftwerks Niederaußem
Helmut Langer, 02175-4150

19.06.2013
Mittwoch
15:00 Uhr

Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff: „Alles Inklusive - Inklusion in Bergisch Gladbach“
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 02202-83572

26.06.2013
Mittwoch
09:00 Uhr

Senioren-Union Overath
102. Exkursion
nach Oberwesel und Pfalzgrafenstein
Treffpunkt am Bahnhof, 28 € p.P.
Rudolf Preuß, 02206-2953

27.06.2013
Donnerstag

Senioren-Union Rösrath
Fahrt nach Xanten
Paul Kraus, 02205-6118

Hintergrundfoto: Lars Haberl, pixelio.de

ENDLICH STÄRKUNG DES EHRENAMTS

von Wolfgang Bosbach

Man trifft sie bei vielen Gelegenheiten: all' die Menschen, die sich in vielen Bereichen ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren – zum Beispiel in den Sportvereinen, deren Übungsleiter viel Zeit und Energie in die sportliche Ausbildung von Kindern und Jugendlichen investieren. Bürgerschaftliches Engagement ist für die Gesellschaft von enormer Bedeutung. Gerade darum ist es aber kontraproduktiv, wenn wir mit zu viel Bürokratie eher Hindernisse bereiten, als Anreize für dieses Engagement zu schaffen! Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund, dass sich die öffentliche Hand wegen der notwendigen Haushaltskonsolidierung auf ihre ureigensten Aufgaben konzentrieren muss, verdient das ehrenamtliche Engagement mehr Unterstützung, auch von Seiten der Politik. Gerade deshalb freue ich mich gemeinsam mit allen Ehrenamtlichen über das vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes, durch das neben wichtigen Verbesserungen im steuerlichen Bereich die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen und Stiftungen ganz allgemein deutlich gestärkt werden. Im Einzelnen wird das Gesetz insbesondere Rechts- und Planungssicherheit für steuerbegünstigte Organisationen herstellen, Verfahrenserleichterungen für die Mittelverwendung schaffen, Optionen zur Rücklagenbildung und Vermögenszuführung eröffnen, die steuerliche Förderung von ehrenamtlichen Tätigkeiten verbessern und die Haftung für ehrenamtlich Tätige beschränken. Insgesamt ein schönes Signal an die Ehrenamtlichen: Ihre Arbeit wird von der Politik geschätzt und unterstützt – nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.

Wahlkreisbüro Wolfgang Bosbach MdB
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
Tel: 02202-9369530, Fax: 932700
E-Mail: wolfgang.bosbach@wk.bundestag.de
www.wobo.de

Wolfgang Bosbach ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages und leitet seit 2009 den Innenausschuss.

HANDLUNGSFÄHIG AUCH IN KRISEN DANK MEHRJÄHRIGEM EU-FINANZRAHMEN

von Herbert Reul

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar in der Sitzung des Europäischen Rates auf eine Position zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU geeinigt, der die Einnahmen und Ausgaben für die Zeit von 2014 bis 2020 festlegt. Das Ergebnis zeigt, dass die europäische Politik auch in Krisenzeiten handlungsfähig ist und kluge Entscheidungen treffen kann. In einem nächsten Schritt wird sich nun das Europäische Parlament in der Plenarsitzung Mitte März mit einer Entschließung positionieren, um dann in die Verhandlungen mit dem Rat einzutreten. Der Rat kann den mehrjährigen Finanzrahmen gemäß des Lissabon-Vertrages erst nach vorheriger Zustimmung durch das Parlament einstimmig verabschieden. Dies ist also der erste mehrjährige Finanzrahmen, bei dem wir mit eigenen Forderungen in die Verhandlungen eintreten können. Grundsätzlich halte ich die Höhe des Budgets, auf das sich der Rat geeinigt hat, nämlich 960 Mrd. Euro Verpflichtungsermächtigungen (entspricht einem Prozent der EU-Wirtschaftsleistung) bzw. 908 Mrd. Euro Zahlungsermächtigungen, für richtig. Denn ich bin der Auffassung, dass wir in der momentanen Lage, in der wir den von der Staatsschuldenkrise betroffenen Mitgliedstaaten Sparsamkeit verordnen, nicht immer mehr Geld fordern können - wie dies die Sozialdemokraten und Grünen gerne tun - und uns der Illusion hingeben, damit könnten wir alle Probleme in Europa lösen. Stattdessen müssen wir ebenfalls sparsam mit unserem Haushalt umgehen.

Allerdings sehe ich auch, wie viele meiner Kollegen im Europäischen Parlament, Probleme: Es kann nicht sein, dass immer mehr Aufgaben und Verantwortung auf die europäische Ebene übertragen werden, die Mitgliedstaaten aber gleichzeitig nicht bereit sind, die EU dafür mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten. Diese Diskrepanz zwischen politischen Ambitionen und Budgetausstattung passt nicht zusammen und kann nicht so bleiben. Möglicherweise müssen die Aufgaben kritisch geprüft werden.

Besonders wichtig ist aber der Verbesserungsbedarf bei den Strukturen des MFR. Hier sind insbesondere drei Stichworte zu nennen: Revision, Flexibilität und Eigenmittel. Das Parlament dringt auf eine Revisionsklausel, sozusagen eine Halbzeitüberprüfung, mit der nach dreieinhalb Jahren die Haushaltsprioritäten überprüft und ggf. überarbeitet werden können. Zweitens fordern wir größere Flexibilität: sowohl innerhalb der einzelnen Kategorien als auch zwischen den verschiedenen Haushaltsrubriken sowie zwischen den Haushaltsjahren sollen die Haushaltsmittel flexibler gehandhabt werden können. So kann auf potentiell geänderte Gegebenheiten, Herausforderungen und Prioritäten in der siebenjährigen Periode reagiert werden. Der MFR setzt die Ausgaben pro Jahr und Haushaltstitel für die siebenjährige Periode fest. Wenn dann die Jahreshaushalte verabschiedet werden, müssen diese Grenzwerte bedacht werden. Des Weiteren sind wir der Meinung, dass der EU-Haushalt künftig über Eigenmittel finanziert werden sollte, anstatt wie bislang hauptsächlich aus den Beiträgen der nationalen Haushalte. Damit könnten auch die Streitigkeiten zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern beigelegt und die derzeitigen Ausnahmen, Ausgleichszahlungen und Rabatte hinfällig werden.

Herbert Reul ist seit 2004 Europaparlamentarier und seit diesem Jahr Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Europa-Büro Herbert Reul MdEP
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,
Tel: 02202 - 93695-55, Fax: -61
E.Mail: h.reul@herbert-reul.de
ww.herbert-reul.de
www.facebook.com/HerbertReul

NRW STEHT IM STAU - AUF STRASSEN UND SCHIENEN

von Rainer Deppe

Insbesondere für Wermelskirchener und Burscheider Berufspendler ist seit Monaten frühes Aufstehen angesagt. Täglich 10 km Stau vor der Rheinbrücke Leverkusen kosten Zeit, Geld und Nerven.

Jetzt ist die Brücke vorübergehend wieder repariert. Mit gedrosseltem Tempo und auf verengten Fahrspuren geht es über den Rhein.

Doch weitere Sperrungen drohen. Mindestens 300 Brücken müssen in den nächsten 10 Jahren saniert oder sogar komplett ersetzt werden. In unserer Region: die Stadtautobahn zur Zoobrücke und Mülheimer Brücke in Köln, die Stelzenautobahn, Rheinbrücke und das Autobahnkreuz in Leverkusen, die Nordbrücke und der Tausendfüßler in Bonn, das Autobahnkreuz Hilden, die Flughafenbrücke der A59….. Haben Sie auch den Eindruck, dass die Brücken langsam unter unseren Reifen zerbröseln?

Dabei sind Autobahnen und Straßen nicht die einzigen Transportwege, die die aktuellen, geschweige denn prognostizierten, Verkehre nicht mehr bewältigen. Auch das Schienennetz (in Westdeutschland) ist absolut ausgelastet. Staus und zu schwache Brücken gibt es auch auf den Schienen. Der Eisenbahnknoten Köln ist restlos überlastet.

Logistiker berichten, wie sich Transportaufträge verlagert haben, weil ihre Kunden jetzt mehr in anderen Teilen Deutschlands oder in Belgien und Holland produzieren. Currenta hat begründete Sorgen, dass Neuinvestitionen nicht mehr in Leverkusen, Dormagen oder Krefeld sondern in Chemieparks anderswo getätigt werden.

Das geschieht alles nicht schlagartig, sondern schleichend. Standortentscheidungen fallen nicht nur nach Löhnen, Fachkräften, Energiekosten, sondern immer häufiger nach Erreichbarkeit.

Doch immer dort, wo etwas verändert werden soll, gibt es Proteste, Verzögerungen, Klagen bis hin zur Aufgabe der Pläne. Die Erweiterung einer Bahnlinie ist keinesfalls weniger umstritten als die einer Straße, eines Hafenbeckens, einer Landebahn oder einer Pipeline.

Wollen wir Industrieland bleiben, dann

Rainer Deppe ist seit 2005 Mitglied im Landtag NRW.

brauchen wir mehr, sehr viel mehr Geld für die Infrastruktur, aber auch schnellere Verfahren, weniger Klage- und Blockademöglichkeiten - kurz mehr Akzeptanz für Infrastrukturmaßnahmen.

Was meinen Sie? Vielleicht schreiben Sie mir Ihre Meinung.

Landtagsbüro Rainer Deppe MdL
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel. 0211-884-2340, Fax -3227
E-Mail: rainer@deppe-direkt.de
www.deppe-direkt.de
www.facebook.com/rainer.deppe.mdl
www.twitter.com/rainer.deppe.mdl

DICHTHEITSPRÜFUNG - WIE DESINFORMIERE ICH AM BESTEN

von Holger Müller

Am 27.2. verabschiedete der Landtag nach langer Diskussion das neue Dichtheitsgesetz (Kanal-Tüv). Dieses Gesetz sieht vor, dass in Wasserschutzgebieten alle privaten Kanalanschlüsse ohne Ausnahme bis zum 31.12.2015 überprüft werden müssen. Begründet wird dies mit der Sicherstellung der Qualität des Trinkwassers. Dazu ist zu sagen, dass die meisten Experten eine solche Trinkwassergefährdung durch private Haushalte nicht feststellen können. CDU und FDP haben in den letzten beiden Jahren mit Unterstützung zahlreicher Bürgerinitiativen dagegen Stellung bezogen. Und zwar unter anderem mit dem Argument, dass es nicht förderlich sei, alle privaten Hauseigentümer in den Wasserschutzgebieten unter generellen Wasserverschmutzungsverdacht zu stellen. Ministerpräsidentin Kraft hat im Wahlkampf durchblicken lassen, dass man bei Ein- und Zweifamilienhäusern eine solche Maßnahme nicht durchführen solle (vgl. Mindener Tageblatt vom 24.4.2012 = zwei Wochen vor der Landtagswahl).

Holger Müller ist seit 2005 Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath.

Und jetzt setzt die zugegeben gute rotgrüne Desinformationspolitik ein. Es wird gesagt, dieses Gesetz sei bürgerfreundlicher als das bestehende aus der schwarz-gelben Regierungszeit. Das stimmt sogar. Aber: Um dieses Gesetz ging es gar nicht mehr, weil CDU und FDP in der letzten Legislaturperiode längst einen anderen Gesetzentwurf eingebracht hatten, der eben nicht eine generelle Prüfung vorsah. Auch die Behauptung langer Fristen stimmt nicht, denn sowohl im Gesetz von 2007 als auch in dem jetzt verabschiedeten ist der Nachweis bis zum 31.12.2015 zu erbringen. Das meines Erachtens schlimmste in diesem neuen Gesetz ist aber die Tatsache, dass jede Kommune selbst entscheiden kann. Und schon haben die Grünen in Bergisch Gladbach bereits angekündigt, dass weitere Prüfgebiete auch außerhalb der Wasserschutzgebiete in der Stadt ausgewiesen werden sollen. Dagegen hält die CDU, die in Bergisch Gladbach keine weiteren Prüfgebiete ausweisen will.

Wenn man sich die Presselandschaft der letzten Tage ansieht, muss ich neidlos anerkennen, dass die SPD-Propaganda weitestgehend (mit Ausnahme der BLZ) übernommen worden ist, während meine Presseerklärung entweder kaum erwähnt oder völlig ignoriert wurde. Endgültig vom Hocker gehauen hat mich dann die Äußerung des Pressesprechers der Stadt Bergisch Gladbach, die (ob Zufall oder nicht, weiß ich nicht) mit der SPD-Erklärung insoweit identisch ist, dass das neue Gesetz bürgerfreundlicher sei. Das steht so wörtlich in der SPD Pressemitteilung.

Wir werden vor Ort also mal sehen, wie bürgerfreundlich das Gesetz in der Praxis tatsächlich ist.

Landtagsbüro Holger Müller MdL
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: 0211 - 884-2263, Fax: -3368
E-Mail: holger.mueller@landtag.nrw.de
www.klartext-mueller.de
www.facebook.com/Holger.Mueller.MdL
www.twitter.com/klartextmueller

Erweiterungsbau am Kreishaus Heidkamp ersetzt künftig Außenstelle Gronau

*von Gisela Knapp**

Der Kreis hat sich zuletzt in der Ausschusssitzung für Personal, Organisation und Gleichstellung (POG) am 21.02.2013 mit einem Anbau an das Kreishaus Heidkamp befasst. Notwendig wird der Anbau, da das bestehende Kreishaus Gronau technisch, energetisch aber auch in Hinsicht auf die Heizungsanlage komplett renoviert werden müsste. Die Betrachtung des Baukörpers hat ergeben, dass das Gebäude nur durch einen vollständigen Neubau wirtschaftlich zu betreiben ist. Bereits die Abbruchkosten würden jedoch den Kreis stark belasten. Daher hat die Kreisverwaltung in einem offenen Verfahren geprüft, ob es unter wirtschaftlichen und synergetischen Gesichtspunkten einen wirtschaftlicheren Standort als Ersatz für das Kreishaus Gronau gibt.

Ergebnis dieser Untersuchung war, dass ein Anbau an das bestehende Kreishaus die wirtschaftlich und arbeitsorganisatorisch sinnvollste Maßnahme darstellt. Damit wird die Verwaltungstätigkeit des Kreises an einem Standort gebündelt. Daraufhin hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 20.12.2012 die Verwaltung ermächtigt, konkrete Planungen für einen Erweiterungsbau am Kreishaus Heidkamp in die Wege zu leiten und dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, in die Stufe 2 des VOF-Verfahrens direkt in die Vertragsverhandlung mit dem ausgewählten Teilnehmerkreis einzutreten und aus Kosten- und Zeitgründen auf die Durchführung eines Architektenwettbewerbes zu verzichten.

In näherer Zukunft soll ein aktualisierter Rahmenplan vorgestellt werden. Zudem wurde in der Kreistagssitzung am 14.03.2013 ein interfraktioneller Arbeitskreis zur Begleitung der Planung und Baudurchführung des Erweiterungsbaus eingerichtet, der seitens der CDU-Kreistagsfraktion durch die Ausschussvorsitzende des POG Gisela Knapp und den stellvertretenden Landrat Heinz Gerd Neu besetzt wird. Zwischenzeitlich wurde ein externes Vergabeberatungsbüro beauftragt, welches das komplexe VOF-Vergabeverfahren begleiten wird. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden derzeit auf 13,7 Mio. Euro geschätzt.

**Gisela Knapp ist stv. CDU-Fraktionsvorsitzende und Fraktionsgeschäftsführerin*

Strategieprozess RBK 2020 geht in nächste Runde - Bringen auch Sie Ihre Ideen ein!

*von Uwe Pakendorf**

Angestoßen durch seinen Vorgänger Landrat Rolf Menzel führt nun Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke den Strategieprozess RBK 2020 in die nächste Runde. Zwischenzeitlich wurde bereits viel erreicht. Es wurde ein Bildungsnetzwerk im Kreis eingerichtet, gemeinsam der Ausbau des Breitband-Datennetzes auf den Weg gebracht, der Beitritt zum bundesweiten Netzwerk „100 Prozent erneuerbare Energien Region“ beschlossen und mit diversen Projekten begleitet wie zum Beispiel der Einführung eines Solarflächenkatasters, diverse Tourismusangebote und Wander- und Reitwegenetze aufgebaut, das umfassende Projekt „Im Kreis wachsen Kinder gesund und sicher auf“ gestartet und eine Wohnraumbeobachtung unter dem Titel „Wohnungswirtschaftliches Handlungskonzept“ gestartet. Unter diesen Überschriften verstecken sich jeweils eine ganze Reihe von Unterprojekten, die in der Summe den Kreis seit dem Start im Jahr 2007 gewaltig nach vorne gebracht haben.

Nun wird erneut ein interfraktioneller Arbeitskreis eingerichtet, der die Steuerung der zweiten Phase des Strategieprozesses einleiten soll. Die CDU-Fraktion entsendet in diesen Arbeitskreis wie bereits zuvor ihren Fraktionsvorsitzenden Holger Müller, den Vorsitzenden des Zukunftsausschusses Uwe Pakendorf und die Sprecherin im Zukunftsausschuss Erika Gewehr. Wie bereits 2007 richtet zudem die CDU-Kreistagsfraktion einen internen Arbeitskreis ein, um mögliche neue Schwerpunktsetzungen auszuarbeiten und bestehenden Projekte fortzuführen. Moderiert wird der Arbeitskreis von Uwe Pakendorf.

Übrigens: Die CDU-Kreistagsfraktion ist an jeder guten Idee interessiert. Wenn Sie an dem neuen Strategieprozess mitarbeiten wollen, können Sie sich mit Ihrer Idee oder Ihrem Projekt direkt an die Fraktionsgeschäftsstelle wenden (Kontakt siehe unten). Auch schriftliche Ideen können gerne an die Kreistagsfraktion gesendet werden. Wir werden sie berücksichtigen!

RBK 2020 im Internet:
www.rbk-direkt.de/rbk-2020.aspx

**Uwe Pakendorf ist Vorsitzender des Zukunftsausschuss des Rheinisch-Bergischen Kreises*

Impressum

Herausgeber	CDU-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis Holger Müller MdL, Fraktionsvorsitzender
verantwortlich	Johannes Dünner, stellv. Fraktionsvorsitzender und Pressesprecher
Geschäftsstelle	Am Rübezahlwald 7 51469 Bergisch Gladbach Tel. 02202-132328 Fax 02202-132244 cdu@rbk-online.de
Bürozeiten	Dienstag, 9:00 – 17:00 Uhr Donnerstag, 9:00 – 12:00 Uhr

Peter Altmaier zu Gast in Bergisch Gladbach

Am 17. Dezember 2012 begrüßte die CDU Bergisch Gladbach im Bergischen Löwen einen besonders prominenten Gast. Bundesumweltminister Peter Altmaier sprach vor mehr als 200 interessierten Bürgerinnen und Bürgern zum Thema „Neue Energie! Neue Politik?“. In seinem sehr engagierten Vortrag zur Energiepolitik beleuchtete er die Notwendigkeit einer weltweiten Energiewende und zeigte sich zuversichtlich, was deren Umsetzung in Deutschland angeht. Dabei sei ihm bewusst, dass dieses in der Welt bislang einmalige Projekt nicht nur eine große innerdeutsche Herausforderung darstellt, sondern von dessen Erfolg auch entscheidende Impulse für eine weltweite Energiewende ausgehen dürften. Im anschließenden Talk mit dem Bergisch Gladbacher Ratsmitglied Birgit Bischoff lernten die Zuhörer Peter Altmaier etwas näher kennen. Offen und unterhaltsam sprach er über seine Heimat, seinen Werdegang, seine Twitter-Aktivitäten, das Kochen und über seine Art Politik zu machen. Insgesamt erlebte das Publikum einen von seiner Sache überzeugten und authentischen Bundespolitiker, den es auch nach der Veranstaltung noch lange im Spiegelsaal hielt, weil er einfach jede Frage beantworten wollte. (bb)

v.l.n.r.: Rainer Deppe, Birgit Bischoff, Peter Altmaier, Thomas Hartmann, Holger Mueller, Hermann-Josef Tebroke

Spagat zwischen Fluglärm und Wirtschaftlichkeit
Bensberger Bürgergespräch macht Fluglärm zum Thema

Einiges hat sich in Sachen Lärmschutz für die Anwohner des Flughafens Köln/Bonn getan, aber Lärm ist geblieben. Und er wird bleiben, denn die Nachtfluggenehmigung gilt bis 2030 und der Rechtsweg ist weitestgehend ausgeschlossen. Dazu kommt, dass der Flughafen Köln/Bonn ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region ist. Das könnte man als Fazit des Bensberger Bürgergesprächs ziehen, das Ende Februar um Progymnasium gemeinsam vom CDU-Ortsverband Bensberg/Moitzfeld mit der CDU Rösrath stattgefunden hat.

Drei Experten präsentierten und diskutierten miteinander und dem Publikum über die Frage vor allem der Nachtflüge am Flughafen Köln/Bonn. Peter Widdenhöfer, städtischer Fachbereichsleiter und Mitglied der Fluglärmkommission, machte vor allem seinen Unmut in Richtung Gesetzgeber und Gerichte laut. Für die klagenden Kommunen sind nach der letzten negativen Gerichtsentscheidung keine juristigen Wege mehr offen. Diese Entscheidung konnte er nach den jüngsten anders lautenden Gerichtsentscheidungen rund um den Flughafen Frankfurt nicht nachvollziehen.

Auch der Bensberger Bürger Dr. Ulrich Müller, der im Auftrag des Deutschen Fluglärmdienst e.V. eine Messstation in Bensberg unterhält, konnte anhand präziser Daten und Messungen das Problem des Fluglärms für die Anwohner des Flughafens anschaulich dokumentieren. Mit Karten und Diagrammen zeigte er, wie sich Fluglärm für einzelne Bereiche in Bergisch Gladbach verändert, desto weiter die Flugzeuge von der Ideallinie entfernt fliegen. Fliegen sie nur wenige Hundert Meter nördlicher, wird es gleich lauter, fliegen sie weiter südlich, wird es in Bensberg gleich leiser. Laut wird es für Bensberg übrigens nur, wenn die Betriebsrichtung einen Start in Richtung Köln vorsieht und die Maschinen anschließend rechts auf die Königsforstroute abbiegen. Das sind ein Viertel aller Abflüge.

Der dritte im Bunde hatte es naturgemäß am schwersten. Martin Partsch ist für die Fluglärmmessungen und Umweltschutz am Flughafen Köln/Bonn zuständig. Er verwies nicht nur auf die drastisch gestiegenen Entgelte für laute Maschinen (eine besonders laute MD-11 steigt von 280 auf 925 Euro), sondern auch das Engagement des Flughafens beim passiven Lärmschutz. Dieser tut freiwillig mehr und früher als gesetzlich vorgeschrieben. So bekommen mehr Anwohner des Flughafens die Möglichkeit, etwa Lärmschutzfenster auf Kosten des Flughafens einzubauen.

Dass der Flughafen auch Wirtschaftsfaktor für die ganze Region ist, machte Partsch vor allem an der stetig steigenden Zahl der Beschäftigten am Flughafen fest. Über 13.000 Menschen arbeiten beim Flughafen selbst, den vielen Geschäften im Flughafen und den Betrieben rund um den Flughafen. Größter Arbeigeber ist der Paketdienst UPS.

Gerade diese Paketflüge sind die Ursache für den Fluglärm in der Nacht. Das Paketvolumen z.B. der Übernacht-Pakete steigt stetig an. Aufgrund der weltweiten Logistikrouten können die Flüge nicht auf den Tag verlegt werden. Bis 2030 läuft die Genehmigung noch. Bleibt zu hoffen, dass bis dahin alle lauten Maschinen gegen deutich leiseres Fluggerät getauscht wurden. (lh)

v.l.n.r.: Uwe Pakendorf (CDU Rösrath), Peter Widdenhöfer (Stadt Bergisch Gladbacch), Dr. Ulrich Müller-Frank (Lärmmessstation), Martin Partsch (Flughafen Köln/Bonn GmbH), Lennart Höring (CDU Bensberg)

Neue Vorstände der CDU und Vereinigungen

CDU OV Dabringhausen
(gewählt am 28.1.2013)

Vorsitzender:	Martin Bosbach
Stv. Vorsitzender:	Dr. Jörg Kohnke
Schatzmeister:	Martin Fleschenberg
Schriftführerin:	Susanne Burghoff
Beisitzer:	Stefan Hackländer
	Guido Krüger
	Michael Schneider
	Julia Selbach

CDU Leichlingen
(gewählt am 22.2.2013)

Vorsitzender:	Rainer Hüttebräucker
Stv. Vorsitzende:	Bernd Siebertz
	Christopher Schiefer
	Jens Weber
Schatzmeister:	Martin Pauli
Stv. Schatzmeister:	Christian Paul
Schriftführer:	Andreas Heusner
Beisitzer:	Achim Kötting
	Helmut Langer
	Stephan Specht
	Eta Strauss
	Doris Weiske

CDU Overath
(gewählt am 7.3.2013)

Vorsitzender:	Hartmut Kohkemper
Stv. Vorsitzende:	Hans Müller
	Christiane Schloten
Schatzmeister:	Eduard Wolf
Geschäftsführer:	Peter Dresbach
Pressesprecher:	Alexander Willms
Schriftführer:	Sebastian Weiss
Beisitzer:	Martin Brücker
	Johannes Deppe
	Dirk Michel
	Siegfried Raimann
	Maria Schmidt
	Inga Theves
	Hans Waldeck

JU Bergisch Gladbach
(gewählt am 11.1.2013)

Vorsitzender:	Martin Lucke
Stv. Vorsitzende:	Oliver Griess
	David Zenz
Geschäftsführerin:	Kristin Fröhlingsdorf
Schatzmeister:	Julian Vielhauer
Schriftführer:	Peter Ahlvers
Beisitzer:	Max Becker
	Lisa Bosbach
	Christian Buchen
	Andreas Fröhlingsdorf
	Sascha Inderwisch
	Fabian Steinmetz

JU Kürten
(gewählt am 19.2.2013)

Vorsitzender:	Timo Friedrich
Stv. Vorsitzende:	Sebastian Wurth
	Philip Zeyen
Schatzmeister:	Simon Stefer
Schriftführer:	Henrik Hamm
Beisitzer:	Felix Kaulfuß
	Kai Langenberg
	Patrick Langenberg

JU Leichlingen
(gewählt am 21.2.2013)

Vorsitzende:	Vanessa Schupmann
Stv. Vorsitzende:	Sebastian Gebauer
	Christian Kleinhans
	Kevin Knoll
Geschäftsführer:	Julius Gebauer
Schatzmeister:	Fabian Dreßler
Pressesprecher:	Stephan Specht
Beisitzer:	Moritz Gebauer
	Christine Lange
	Nadine Machnik
	Tristan Schröder

Senioren-Union Burscheid
(gewählt am 20.2.2013)

Vorsitzender:	Heinz Wilgenbusch
Stv. Vorsitzender:	Horst Buttkus
Schriftführerin:	Ilse-Marie Handschuh
Schatzmeister:	Reiner Nelte
Beisitzer:	Gisela Krell
	Doris Olle
	Hartmut Schepanski

Frauen Union Odenthal
(gewählt am 6.3.2013)

Vorsitzende:	Maria-Josefa Schleenstein
Stv. Vorsitzende:	Gloria Gillrath
Beisitzer:	Christa Imhorst
	Sabine Tretter
	Cläre Troche

EAK Rheinisch-Bergischer Kreis
(gewählt am 23.10.2012)

Vorsitzender:	Ernst Landgrebe
Stv. Vorsitzende:	Birgit Fort
	Jürgen Lücker
Beisitzer:	Margarete Iversen
	Wolfgang Kohlschmidt
	Rolf Voß
Kooptiert:	Dr. Werner Molls
	Waldemar Paffrath

Vanessa Schupmann neue JU-Vorsitzende

Am 21. Februar fand die turnusmäßige Jahreshauptversammlung der Jungen Union Leichlingen statt. Der bisherige Vorsitzende Maurice Winter blickte auf ein ereignisreiches Jahr zurück, in dem die JU mit vielen Veranstaltungen das Leichlinger Stadtbild mit geprägt hat. Insbesondere die Mitgliederentwicklung war hierbei sehr erfreulich. Trotz einiger altersbedingter Austritte konnten die Mitgliederzahlen im vergangenen Jahr um 17% gesteigert werden. Hierbei sind insbesondere die vielen Neumitglieder im Alter zwischen 15 und 20 Jahren erfreulich.

Nach vier Jahren verabschiedete sich Maurice Winter als Vorsitzender und wünschte dem neuen Vorstand viel Erfolg und Geschick bei seinem weiteren Gelingen. Neue Vorsitzende ist die 24-jährige Wirtschaftschemie-Studentin Vanessa Schupmann, die in den letzten Jahren bereits als Stellvertreterin die JU Leichlingen aktiv mitgestaltet hat. (mw)

Kompletter Vorstand siehe linker Kasten.

Timo Friedrich bleibt JU-Chef in Kürten

Am 19. Februar fand die Jahreshauptversammlung der Jungen Union (JU) statt. Unter der Beteiligung von Vertretern der CDU Kürten, der Senioren Union Kürten und des Vorsitzenden der JU Rheinisch-Bergischer Kreis wurde Timo Friedrich als Vorsitzender einstimmig im Amt bestätigt. Der alte und neue Vorsitzende bedankte sich bei allen Beteiligten für ein gelungenes Jahr und möchte in den kommenden Monaten neue Schwerpunkte setzen: „Neben der Bundestagswahl, für die wir im Rheinisch-Bergischen Kreis mit Wolfgang Bosbach den besten Kandidaten stellen, den man sich vorstellen kann, soll wieder vermehrt der Dialog und die Diskussion im Vordergrund stehen.“ (tif)

Kompletter Vorstand siehe linker Kasten.

Hardy Kohkemper führt neuen Vorstand der Overather Union

Am 07.03.2013 haben die anwesenden Mitglieder des CDU Stadtverbandes Overath im Hotel Lüdenbach ihren neuen Vorstand gewählt. Die Sitzungsleitung übernahm Kreistagsmitglied und Vorstandsvorsitzender der CDU Rösrath, Uwe Pakendorf. Vor und zwischen den Wahlgängen informierte er zusammen mit MdL Rainer Deppe und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Overather Rat, Oliver Hahn, über aktuelles aus Stadt, Land und Kreis.

Da der bisherige Vorsitzende Guido Lazotta aus persönlichen Gründen eine Wiederwahl ausgeschlossen hatte, hatte sich der bisherige Stellvertreter, Hartmut „Hardy“ Kohkemper, als Kandidat für den Vorsitz mit einer inhaltlich hervorragenden Rede beworben. Mit 29 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ist er als neuer Vorsitzender gewählt worden. (aw)

Den kompletten Vorstand finden Sie im Kasten auf der linken Seite.

Heinz Wilgenbusch bleibt Burscheider Senioren-Union-Chef

Das zwölfte Jahr ihres Bestehens war wieder ein erfolgreiches der Burscheider Senioren-Union. Auf der Jahreshauptversammlung der aktuell 81 Mitglieder zählenden Vereinigung der CDU in der Gaststätte Treffpunkt am 20.2.2013 konnte Vorsitzender Heinz Wilgenbusch stolz verkünden, dass die 12 Veranstaltungen des vergangenen Jahres von insgesamt 335 Teilnehmern besucht wurden.

Bei der turnusmäßigen Neuwahl des Vorstandes wurden zwei Positionen neu besetzt. Von den 26 anwesenden Mitgliedern wurde der 69-jährige Heinz Wilgenbusch mit einer Enthaltung als Vorsitzender bestätigt.

Neu wurden Giesela Krell und Dr. Hartmut Schepanski als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Lore Siebel und Henning Körschgen kandidierten nicht mehr als Beisitzer. Heinz Wilgenbusch bedankte sich bei Beiden für ihre langjährige Mitarbeit(seit der Gründung 2001) mit einem Präsent.

Das Stadtgespräch der Senioren Union Burscheid findet jeweils am 3. Mittwoch im Monat statt. (hw)

Den kompletten Vorstand finden Sie im Kasten auf der linken Seite.

Martin Lucke bleibt JU-Vorsitzender in Bergisch Gladbach

Auf der Jahreshauptversammlung zu Jahresbeginn wurde der 13-köpfige Vorstand der JU GL neu gewählt. Der 24-jährige Jura-Student Martin Lucke wurde einstimmig wiedergewählt.

Die JU blickte auf ihrer Jahreshauptversammlung traditionsgemäß auf das vergangene Jahr zurück. „Wir haben uns umfangreich mit kommunalen Themen wie der Stadionsanierung auseinandergesetzt und konnten einige wichtige Impulse an die Ratsfraktion geben“, so der Vorsitzende Martin Lucke. Die JU testete zudem beim Schlossstadtfest in Bensberg mit einem „Schreibgespräch“ eine neue Form der Bürgerbeteiligung. „Die Aktion war ein voller Erfolg“, so Martin Lucke weiter: „Wir haben eine 10 Meter lange Papierrolle mit zahlreichen Bürgeranregungen füllen können.“ Die Aktion wurde im November 2012 von den CDU Ortsverbänden auch in anderen Stadtteilen wiederholt.

Auch im neuen Jahr sollen kommunalpolitische Themen, wie Freizeitangebote für Jugendliche im Vordergrund stehen.

Als Gäste nahmen an der Jahreshauptversammlung der Landtagsabgeordnete Rainer Deppe und der Europaabgeordnete Herbert Reul teil, die aus ihrem Tätigkeitsbereich berichteten. Herbert Reul betonte in einer engagierten Rede, dass trotz aller Krisendiskussion in der EU, die europäische Zusammenarbeit auch für eine erfolgreiche Energiepolitik unabdingbar sei. (ml)

Den kompletten Vorstand finden Sie im Kasten auf der linken Seite.

Martin Bosbach CDU-Chef in Dabringhausen

Im Mittelpunkt der diesjährigen Jahreshauptversammlung standen die Neuwahl des Vorstandes sowie der Vortrag von Herrn Michael Unbehaun, Vorsitzender des Freibad-Fördervereins Dabringhausen, zur Situation des Freibades und dessen Zukunft.

Die aufschlussreichen Ausführungen von Herrn Unbehaun wurden von den Mitgliedern und vielen anwesenden Gästen interessiert aufgenommen. Der Vorstand sicherte dem Vorsitzenden des FFD weiterhin die Unterstützung zum Erhalt des Freibades zu. (sb)

Den kompletten Vorstand finden Sie im Kasten auf der linken Seite.

Anzeige

Treffpunkt im Herzen der Stadt

Bürgerhaus Bergischer Löwe

* Schauspiel & Komödie
* Oper & Konzert
* Kindertheater & Musicals
* Märkte & Messen
* Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket und Eventim
Theaterkasse Bergischer Löwe
Öffnungszeiten: Di – Fr 10 – 18 Uhr / Sa 10 – 13 Uhr
Tel: 02202 / 38 999 info@bergischerloewe.de

www.bergischerloewe.de

Hüttebräucker neu in Leichlingen

Die CDU Leichlingen hat eine neues Vorstandsteam. In der gut besuchten und von Herbert Reul geleiteten Versammlung am 22. Februar wählten die Mitglieder den Unternehmer Rainer Hüttebräucker zum neuen Vorsitzenden. Hüttebräucker ist 56 Jahre alt und seit 2009 Mitglied des Leichlinger Stadtrats.

Zu seinen Stellvertretern wurden Christopher Schiefer, der Witzheldener CDU-Vorsitzende Bernd Siebertz sowie Jens Weber gewählt. Martin Pauli bleibt Schatzmeister und erhält Unterstützung von seinem Sohn Christian Pauli, der zum stellvertretenden Schatzmeister gewählt wurde. Den geschäftsführenden Vorstand komplettiert Andreas Heusner, der sich neben der Funktion als Schriftführer auch um die Pressearbeit des Stadtverbandes kümmern wird. Zu Beisitzern wurden Doris Weiske, Eta Strauss, Helmut Langer, Achim Kötting und Stephan Specht gewählt.

Hüttebräucker sieht für die CDU Potential, in Leichlingen „Wahlergebnisse von 40 % plus X“ zu erreichen. Dies müsse das Ziel sein und sei auch zu erreichen, wenn man geschlossen und im Team auf dieses Ziel hinarbeitet.

Rainer Deppe, der auch an der Versammlung teilnahm, bedankte sich in seinem Grußwort auch bei der scheidenden Vorsitzenden Dr. Daniela Bein (ah)

Den kompletten Vorstand finden Sie im Kasten auf Seite 18

Dialog mit den Bürgern lohnt sich

Im Rahmen des monatlichen Mittwochstreffs der Senioren-Union Bergisch Galdbach am 20. Februar 2013 diskutierten 65 Teilnehmer im Gronauer Tannenhof angeregt mit den Experten Dr. Michael Metten (Ratsmitglied), Georg Daubenbüchel (Handel und Gewerbe) und Peter Müller (Haus und Grund) über die zukünftige Entwicklung in Bergisch Gladbach.

Die von der Journalistin Birgit Bischoff moderierte Gesprächsrunde kam zu dem Ergebnis, dass sich das Erscheinungsbild der Stadt in den letzten Jahren – vor allem im Stadtteil Bensberg – trotz angespannter Haushaltslage weiter positiv entwickelt hat (Kino, Mediterana, Progymnasium, Schlosshotel, etc.). Auch die neue Fußgängerzone in der Stadtmitte, die kurz vor der Vollendung steht, findet immer mehr Zustimmung in der Bevölkerung, obwohl natürlich noch Verbesserungen wünschenswert wären, z.B. das Erscheinungsbild der unteren Hauptstrasse bis zum Driescher Kreisel. Ebenfalls angesprochen wurden die Problemzonen Obere Hauptstrasse, Buchmühlengelände, das Entrée der Stadt am Bahnhof sowie die sehr schwierige Verkehrssituation in der gesamten Stadt, die es zu verbessern gilt. Besonders herausgestellt und gefordert wurde, dass aufgrund des demographischen Wandels der Bevölkerung bei der Erstellung der neuen Parkraumsituation verstärkt auf geräumige Parkplätze für Senioren geachtet wird. Dasselbe gilt bei einer Veränderung bzw. Verbesserung der Verkehrswegeführung innerhalb der Stadt. Hier wurde eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Rat, Verwaltung und Bürgerschaft gefordert.

Der stellvertretende Vorsitzende der Senioren-Union, Josef Mohr, zeigte sich auch sehr zufrieden mit dem Ergebnis: „Die Veranstaltung hat gezeigt, dass solche Diskussionen viel zu einem besseren Verständnis für durchgeführte Aktionen seitens der Stadt und Entscheidungen der Politik beitragen können. Sie führen aber auch zu der Forderung, den Dialog mit den Bürgern weiter zu verbessern und zu suchen und diese nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen.“ (ms)

v.l.: Peter Müller, Georg Daubenbüchel, Birgit Bischoff und Dr. Michael Metten bei der Senioren-Union

Schöne alte Schätze - 100. Exkursion der Overather Senioren-Union

Wie erhofft war die 100. Exkursion der Senioren-Union der CDU Overath etwas Besonderes: Wir besuchten zuerst die Dom-Schatzkammer in Köln, und nach dem Mittagessen sahen wir uns die Statuen der Propheten an (früher im historischen Sitzungssaal des Kölner Rathauses), die jetzt, frisch restauriert, im Schnütgen-Museum auf uns warteten.

In der Schatzkammer sieht man lauter z.T. sehr alte liturgische Geräte und Gewänder, vom sog. Petrusstab (Knauf aus dem 5. Jahrhundert) bis zu ganz modernen Stücken von Elisabeth Tresskow. Und alles wird noch heute in Gottesdiensten gebraucht. Sogar der Kasten des ersten Dreikönigsschreins ist erhalten - im Domchor ist das goldene Metall des Schreins auf einen neuen Kasten montiert: Tradition und Fortschritt. Faszinierend auch die Rückwand der Schatzkammer: es ist die alte römische Stadtmauer, 2000 Jahre alt!

Im Schnütgenmuseum standen die aus Holz geschnitzten Propheten vom Beginn des 15. Jahrhunderts im Mittelpunkt, deren stilistische Ähnlichkeit mit der Arbeit der Parler im Petrusportal des Doms verblüffte. Die Gaffeln hatten es zwar nicht mit dem Erzbischof, wohl aber mit dem Dom! (rp)

Bild: Ruth Rudolph / pixelio.de

Beliebtes Exkursionsziel: der Kölner Dom und die Schatzkammer

Bodo Löttgen beim 14. Neujahrsempfang der Rösrather Union: Politik muss wieder glaubwürdig sein

Bereits zum 14. Mal fand am 2013 der Neujahrsempfang der CDU Rösrath statt – mit überwältigender Resonanz: 200 Gäste aus Reihen der CDU-Mitglieder, örtlichen Vereinen und der Politik fanden den Weg ins Bürgerforum in Hoffnungsthal. Traditionell widmet die CDU den Neujahrsempfang insbesondere denjengen Menschen der Stadt, die sich ehrenamtlich und beruflich im besonderen Maße der Allgemeinheit widmen.

Daher würdigte Bürgermeister Marcus Mombauer den Neujahrsempfang auch als eine Veranstaltung mit offiziellem Charakter: „Ein solcher Neujahrsempfang ist keine Selbstverständlichkeit. Wenn die CDU ihn nicht durchführen würde, der Stadt fehlten die Mittel dazu." In ihrer Begrüßung streiften Parteivorsitzender Uwe Pakendorf und Fraktionsvorsitzender Erhard Füsser zentrale Themen der Stadt im kommenden Jahr

Hauptredner des Abends war NRW-CDU-Generalsekretär Bodo Löttgen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass nach dem Jahr mit dem „historischen Tiefpunkt für die CDU bei der Landtagswahl" die Landes-CDU wieder „Fahrt aufnehmen" werde. „Wir sind wieder da", war seine Botschaft für diesen Abend. Er rügte durchaus selbstkritisch für seinen Berufsstand die mangelnde Glaubwürdigkeit von Politikern, die „leider allzuhäufig anzutreffen sei". Politiker sollten „bescheidener in den Ansprüchen, aber mutiger in den Entscheidungen werden". Löttgen verteidigte mit den Worten „Wir müssen wieder Volkspartei der Mitte werden" das umstrittene Betreuungsgeld – dabei war er selbst lange dagegen.

Man solle die Auseinandersetzung mit Rot-Grün suchen, gerade auch, was die schlechte Finanzausstattung der ländlichen Kommunen angehe – womit er ausdrücklich die zuvor vorgetragene Kritik aus Rösrath unterstützte.

Auch Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke und Landtagsabgeordneter Holger Müller sprachen kurze Grußworte bevor nach dem Redner-Teil schließlich das Rösrather Dreigestirn und das Kinderdreigestirn in Begleitung des Tambourcorps Scheiderhöhe in den Saal einzog und für eine gelassene Stimmung zum Ausklang des Neujahrsempfangs sorgte. (rs)

v.l.: Deppe, Füsser, Löttgen, Pakendorf, Mombauer, Müller, Dr. Tebroke

Anzeige

www.kaltenbach-gruppe.de

IMMER IN IHRER NÄHE.

FREUDE IST ETWAS NEUES ZU ERLEBEN.

Der neue BMW X1 demonstriert mit seinem Karosseriedesign selbstbewusste Eleganz, vielseitige Sportlichkeit und spontane Agilität.

Ein neues Fahrerlebnis im Premium-Kompaktsegment wird erreicht durch Eleganz, Sportlichkeit & Agilität. **Wir freuen uns auf Ihren Besuch.**

FREUDE IST DER NEUE BMW X1.

Ihr kompetenter Automobil- & Motorrad-Partner

KALTENBACH GRUPPE

Overath • Wiehl • Waldbröl • Lüdenscheid • Remscheid • Werdohl • Wermelskirchen • Meinerzhagen • Wipperfürth • Engelskirchen • Bergisch Gladbach

Krautwurst bei der SEN Leichlingen

„Was kann die CDU aus in der Vergangenheit erzielten Erfolgen für eine bessere Zukunft lernen?“, so lautete die Ausgangsfrage beim Januar-Treff der Senioren Union Leichlingen. Walter Krautwurst berichtete über seine Tätigkeit im Stadtrat von 1964 bis 1982. Erfolge seien nur möglich bei intensivem Kontakt mit den Bürgern, wie etwa durch Hausbesuche und Bürgerversammlungen. Eine große Rolle spielten die Geschlossenheit der Ratsfraktion in der Gegensätze fair ausdiskutiert, Entscheidungen aber gemeinsam vertreten werden müssten. Die Anforderungen an einen kommunalen Abgeordneten seien beträchtlich, sein „Lohn“ bestehe dabei weniger in Geld als in der Möglichkeit, Einfluss auszuüben und Zukunft zu gestalten. (hl)

MIT schaute hinter WDR-Kulissen

An den WDR-Gebäuden in Köln ist jeder schon vorbeigelaufen und die fertigen Produkte des Senders hat jeder schon im Fernsehen gesehen oder im Radio gehört. 30 Bürger konnten am 1. März einmal hinter die Kulissen des Westdeutschen Rundfunks schauen und sehen, wie produziert wird.

Zunächst wurde die MIT-Gruppe im Besucherzentrum Elstergasse empfangen. Nach einem Infofilm begann die Führung durch die Produktionsstudios für Radio und Fernsehen. Bei WDR 2 erläuterte der Moderator, wie im Sendezentrum gearbeitet wird. In den Filmstudios, die bis zu elf Meter tief unter der Erde liegen, wurde den interessierten Gästen gezeigt, wie Kulissen verschoben werden, wie viel Licht nötig ist und wie Moderatoren in einer gespiegelten Scheibe der Kamera ihre Texte ablesen können, während sie gefilmt werden. Anschließend ging es in einen der schönsten Räume im Funkhaus Wallraffplatz, der so genannten „Kapelle“. Bei Kaffee und Keksen konnten der Redakteurin Brigitte Simnacher (WDR 5) Fragen gestellt werden. Da ging es um Frauen in Führungspositionen, die Musik im Radio, Quotendruck, Online-Berichterstattung, Politik und Medien. Natürlich war auch der neue Rundfunkbeitrag Thema. Dabei erfuhren die MITler, dass der größte Teil des WDR-Haushaltes für Pensionen ausgegeben werden muss. (dd)

„Die Welt ist ein Dorf“ - Ein Praktikumsbericht aus dem Europäischen Parlament

von Vanessa Schupmann und Meike Bogdan

Dass an jedem Sprichwort immer ein Funke Wahrheit dran ist, wissen wir spätestens seit unserem Praktikum im Europäischen Parlament.

Wir, Vanessa Schupmann (24) und Meike Bogdan (26), haben vor 5 bzw. 6 Jahren unsere Heimatstadt Leichlingen nach dem Abitur verlassen, um die Welt kennenzulernen. Doch vor wenigen Wochen kreuzten sich unsere Wege wieder: im Europäischen Parlament.

Das Parlament ist ein Dorf für sich, mit allem was man zum Leben braucht. Doch wäre das Leben dort nur halb so interessant ohne die Bewohner. Menschen aus vielen verschiedenen Nationen in unterschiedlichen Positionen arbeiten dort zusammen.

Abgeordnete, Assistenten und natürlich auch die Praktikanten verbringen hier täglich ihren Arbeitstag. Doch wäre es nicht richtig, von „dem Praktikanten“ per se zu sprechen. Im Europäischen Parlament kommen Praktikanten aus den unterschiedlichsten Ländern und Berufssparten zusammen. Denn man trifft hier nicht nur, wie man zuerst denken würde, auf Politikwissenschaftler oder angehende Juristen, sondern auch auf Studenten aus fachfremden Studiengängen. Wir beide gelten ebenfalls als Exoten, als Studentinnen der Wirtschaftschemie und Linguistik (Medienwissenschaften), aber trotzdem bieten sich auch uns täglich inhaltlich interessante Aspekte für unseren beruflichen Werdegang.

Auch die Arten des Praktikums im Europäischen Parlament variieren: Es gibt die Praktikanten des Parlaments, die für eine Fraktion und jene, die für Europaabgeordnete arbeiten. Wir absolvieren unser Praktikum bei dem Leichlinger Abgeordneten Herbert Reul, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, der aus unserer Heimatstadt stammt. Es ist seine zweite Legislaturperiode im Europäischen Parlament und er scheint noch immer nicht müde zu sein. Ob im Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg oder in seinem Wahlkreis dem Bergischen Land - er verfolgt aktiv seine Ziele. Das bekommt man auch im gemeinsamen Arbeitsalltag im Büro zu spüren, an dem wir teilhaben dürfen.

Und während man bei anderen Praktika häufig nur Kaffee kocht oder kopiert, hat man im Europäischen Parlament oft so einiges zu tun. Dafür wird man mit tollen Erfahrungen belohnt. Als Praktikant ist man von Anfang an dabei und kann den Prozess von der inhaltlichen Vorbereitung über Änderungsanträge und Berichterstattungen bis hin zum fertigen Gesetz erleben. „Praktikant im Europäischen Parlament zu sein, bedeutet den Puls der Europäischen Union zu fühlen“, da sind wir uns einig.

Doch ist ein Praktikum im Europäischen Parlament nicht nur inhaltlich eine einmalige Erfahrung, sondern auch vom sozialen Standpunkt. Wir sind hier nicht allein, denn Brüssel ist auch eine Hauptstadt der Praktikanten. Es bieten sich einem in den Wochen des Praktikums viele interessante und nützliche Kontakte für eine später hoffentlich erfolgreich verlaufende Karriere. Um dieses Netzwerk aufzubauen und zu pflegen, besitzt Brüssel eine Vielzahl von Möglichkeiten. Auch außerhalb des Parlaments bietet die Stadt ein abwechslungsreiches Angebot. Man kann die zahlreichen Sehenswürdigkeiten besichtigen, kulinarisch die landestypischen Spezialitäten austesten oder den Arbeitstag bei einem gemeinsamen belgischen Bier und Fritten ausklingen lassen – für jeden ist etwas dabei. Und so ging es morgen für morgen wieder an die Arbeit. Wir freuten uns drauf. Bis dahin genossen wir jeden Feierabend und freuten uns auf ein Wiedersehen mit unseren Mitbewohnern im Dorf. Denn während wir am ersten Tag noch verschüchtert durch die Flure liefen, hatten wir bald das Gefühl ein kleiner Teil dieser europäischen Volksvertretung zu sein.

BÜRGERBETEILIGUNG AM REGIERUNGSPROGRAMM GESTARTET!

Unter dem Titel „Was mir am Herzen liegt!“ will die CDU mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Uns ist es wichtig, was Ihnen persönlich im Hinblick auf die Politik in den nächsten Jahren am Herzen liegt. Wir wollen als CDU ein Ohr für Ihre Anregungen und Ideen haben. Wir möchten zuhören und Ihre Wünsche und Erfahrungen aufnehmen.
In acht Themenfeldern stellen wir unsere Leistungen und Ziele für unser Regierungsprogramm vor. Danach sind Sie dran. Die Themenfelder sollen Grundlage der Diskussion sein.

Arbeit für alle – anständig und sicher

Anständige und sichere Arbeit ist mehr als nur Broterwerb. Gemeinsam mit Handwerk, Mittelstand, Industrie und Gewerkschaften wollen wir noch mehr Menschen in Arbeit bringen. Dabei gilt: Leistung muss sich lohnen. Wir wollen, dass für anständige Arbeit auch anständige Löhne gezahlt werden.

Lebenswerte Heimat – in der Stadt und auf dem Land

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland – ob in den Städten oder Dörfern – auch in Zukunft sicher und gut leben können. Dazu gehören ein gut erreichbarer Arzt und der Supermarkt in der Umgebung genauso wie schnelles Internet, Kinderbetreuung und ein guter Bus- und Bahnverkehr.

Mit Bits und Apps – Digitales Wachstumsland Nr. 1

Das Internet ist ein Netz der unbegrenzten Möglichkeiten. Als neugieriges Land wollen wir diese Möglichkeiten für uns nutzen. Die digitale Wirtschaft ist Motor für neue Ideen und neues Wachstum. Bis 2020 wollen wir Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 machen.

Familien stärken – sicheres Leben in jedem Alter

Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammenhält. Die Basis dafür sind starke Familien. Wir stehen ihnen zur Seite, statt sie zu bevormunden. Deshalb ermöglichen wir Ihnen mehr Chancen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Zeit für die Familie insgesamt.

Zukunftsland Deutschland – gute Chancen für morgen schaffen

Die besten Autos, die leistungsstärksten Maschinen und hochwertige Technik – dafür steht die Exportnation Deutschland. Unser Land muss wettbewerbsfähig sein – weltweit. Nur so können wir unseren wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand der Menschen weiterhin sichern. Deshalb brauchen wir neue Ideen für neue Produkte und setzen auf neue Technologien und auf hohes Fachwissen.

Deutschland – ein sicheres Zuhause

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland sicher und frei leben können – ob zu Hause, in Straßen oder auf Plätzen. Wir setzen auf „Null Toleranz“ gegenüber Gewalt und Extremismus.

Verbraucher stärken – für Ehrlichkeit und bessere Information

Ob Geld anlegen, einkaufen oder im Internet surfen – wir wollen, dass Verbraucher ehrlich informiert und vor Betrug geschützt sind. Mit klaren Regeln, effektivem Rechtsschutz und aussagekräftigen Kennzeichnungen.

Starkes Europa – stabiler Euro und mehr Bürgernähe

Wir leben in Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wie wir tagtäglich in den Nachrichtensendungen sehen. Deshalb wollen wir Europa weiter stärken: mit einem starken Euro, mit klaren Spielregeln und mit mehr Bürgernähe.

Jetzt sind Sie dran!

Was sind Ihre Erfahrungen, Ihre Ideen und Wünsche? Sagen Sie uns, was Ihnen am Herzen liegt!
Fordern Sie einen Satz **Themenkarten** zum Ausfüllen im CDU-Center an:
Per Telefon unter 02202-936950 oder per E-Mail an kgs@cdurbk.de

Oder gehen Sie ins Internet. Unter **www.regierungsprogramm.cdu.de** können Sie online mitmachen!